

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 83. Ratssitzung vom 13. Dezember 2019

2020. 2019/388

Weisung vom 18.09.2019:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2020 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 82, Beschluss-Nr. 2020/2019).

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 107. und 108. (Postulat GR Nr. 2019/511).

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Die Debatte in der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zur Frage, wie sich die Ressourcen für die Aufgabenhilfe in den Regelschulen entwickelt haben, hat Handlungsbedarf aufgezeigt. Sie erinnern sich, dass wir in der Debatte um die Projektphase II die Tagesschule beschlossen haben, die auch in der Volksabstimmung grosse Zustimmung fand. Es würde Sinn machen, die Einführung der Tagesschule mit einer Ressource für eine Aufgabenstunde in der Regelschule zu kombinieren, konkret drei Stunden pro Klasse pro Woche. Die Differenz zwischen Regelschule und Tagesschule bezüglich der Aufgabenhilfe und Begabtenförderung ist aufgrund von Umlagerungen von Ressourcen inzwischen erheblich. In der Debatte in der RPK stellte sich die Frage, warum Aufgabenhilfe nur in der Tagesschule und nicht auch in der Regelschule umfassend zur Verfügung gestellt werden soll. Dies würde eine Zweiklassen-Schulsystem bedeuten, das bis zur Volleinführung der Tagesschule bestehen würde, was mindestens noch bis 2030 dauern wird. Eine Mehrheit der RPK war der Meinung, dass wir jetzt diese Aufgabenhilfe einführen sollten. Insgesamt führt dies zu einem zusätzlichen Stellenbedarf von 35 Stellen. Für das Jahr 2020 bedeutet das einen finanziellen Aufwand von 2,2 Millionen Franken. Es ist ein Angebot, das direkt den Familien und vor allem den Schülerinnen und Schülern zukommt. Das Geld geht also sicher nicht in der Verwaltung unter. Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen, diese Änderung des Angebots in der Volksschule zu vollziehen und die Einführung auf das Schuljahr 2020/2021 zu beschliessen.

Yasmine Bourgeois (FDP): Im Moment hat jede Klasse separat Anrecht auf Aufgabenhilfe. Zusätzlich haben die Kinder, welche nach der Schule Betreuung in Anspruch nehmen, auch dort Zeit, ihre Hausaufgaben zu erledigen. In den Klassenaufgabenhilfen sind pro Klasse erfahrungsgemäss ungefähr drei bis sechs Kinder anwesend, die von einer Lehr- oder einer anderen Betreuungsperson betreut werden. Wenn wir hier beispielsweise zwei Klassen zusammennähmen, hätten wir mit den gleichen Ressourcen

schon doppelt so viele Stunden zur Verfügung. Das wären meist immer noch weniger Kinder als in einer ganzen Klasse. Wir brauchen nicht mehr Ressourcen für die Aufgabenhilfe ausserhalb der Tagesschule, wir müssen mit den vorhandenen Ressourcen effizienter umgehen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1944/2019): Die betreuten Aufgabenstunden an der Volksschule stehen allen Schülerinnen und Schülern offen. In diesem Gefäss, das in den Wochenstundenplan der Schule integriert ist, können die Schülerinnen in ruhiger Atmosphäre Hausaufgaben erledigen, an Projekten arbeiten und Prüfungen vorbereiten. Bei Bedarf bekommen sie Unterstützung durch die anwesenden Ansprechpersonen. Solche Aufgabenstunden sind insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen gedacht. So können sie eine allenfalls fehlende Unterstützung durch das Elternhaus kompensieren. Es ist anerkannt, dass betreute Aufgabenstunden massgeblich zur Chancengleichheit beitragen. Deshalb stehen den Pilotschulen des Projekts «Tagesschule 2025» finanzielle Mittel für wöchentlich zwei zusätzliche Aufgabenstunden pro Klasse zur Verfügung. An den übrigen Schulen werden die Aufgabenstunden in unterschiedlichem Umfang angeboten, wöchentlich maximal eine Stunde pro Klasse. Es gibt auch Schulen, welche ganz auf die Aufgabenstunden verzichten. Gemäss Beschluss der Schulpflege vom 15. Januar 2019 wurden die Ressourcen für Aufgabenstunden für das Schuljahr 2019/2020 gegenüber 2018/2019 für Nicht-Tagesschulen massiv gekürzt. Damit die Volksschule der angestrebten Chancengerechtigkeit einen Schritt näher kommt, sollen die Ressourcen für Aufgabenstunden an Nicht-Tagesschulen erhöht werden. Entweder sollen sie dem Wachstum der Anzahl Schülerinnen und Schüler seit 2016/2017 angepasst werden oder – noch besser – sie sollen im gleichen Umfang zur Verfügung stehen wie an den Tagesschulen. Selbstverständlich muss sichergestellt werden, dass die Stellenwerte zweckgebunden eingesetzt werden. In diesem Postulat geht es darum, die Volksschule zu stärken und chancengerechter zu gestalten.

Renate Fischer (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag und begründet diesen: Den Tagesschulen stehen mehr Ressourcen für Aufgabenstunden zur Verfügung als den Regelschulen. Das soll mit dem Antrag 107 geändert werden. Für alle Kinder in der Stadt Zürich soll ein angemessenes Angebot an Aufgabenstunden bereitstehen. Das Angebot darf auch anders aussehen als das Minimalangebot, das der Kanton vorschlägt. Dieses besteht darin, dass den Kindern ein ruhiger Arbeitsplatz, aber keine Unterstützung bei den Aufgaben angeboten wird, weil diese gemäss Kanton immer so gestellt sind, dass die Kinder sie alleine und selbständig lösen können. Um beide Anliegen im Postulat aufnehmen zu können – nämlich die Gleichstellung von Tages- und Regelschule sowie die Ermöglichung verschiedener Modelle für die Aufgabenhilfe –, beantragt die SP eine Textänderung, mit der das Postulat wie folgt lautet: «Der Stadtrat wird aufgefordert, zu prüfen, wie gewährleistet werden kann, dass die Ressourcen für betreute Aufgabenstunden an Regelschulen gleichwertig sind wie die an Pilotschulen der Tagesschule 2025. Diese Ressourcen sollen zweckgebunden für betreute Aufgabenstunden eingesetzt werden, wobei verschiedene Modelle von Aufgabenstunden (Aufgabenhilfe) möglich sind.»

Stefan Urech (SVP) stellt folgenden Textänderungsantrag und begründet diesen: Im Grunde sollten Hausaufgaben schon so gestaltet sein, dass die Kinder sie ohne Hilfe und mit dem in der Schule vermittelten Stoff lösen können. In der Realität gibt es immer wieder Schülerinnen und Schüler, welche auf Hilfe angewiesen sind. Deshalb ist die Aufgabenstunde auch eine gute Sache. Wir haben Sympathien mit der Textänderung der SP, die will, dass Kinder an Regelschulen nicht diskriminiert werden gegenüber Kindern an Tagesschulen. Wir würden aber der Textänderung eine weitere Ergänzung hinzufügen: «Dabei soll auf die bestehenden Personalstellenwerte zurückgegriffen werden.» Es sollen keine neuen Stellenwerte geschaffen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (GLP): Mit diesen beiden Textänderungen würde auch die GLP dem Postulat zustimmen.

Patrik Maillard (AL): Die Ressourcen für die betreuten Aufgabenstunden wurden in der Regelschule um fast die Hälfte gekürzt, konkret von 51 Stellenwerten im Schuljahr 2016/2017 auf 28 im laufenden Schuljahr. Dies auch, weil die einzelnen Schulen anders als ursprünglich vorgesehen die gekoppelten Ressourcen mehrheitlich für Begabtenförderung statt für Aufgabenhilfe einsetzten. Angesichts der Kürzung der Stellenwerte ergibt die Textänderung der SVP keinen Sinn. Es geht uns keinesfalls um das Ausspielen von Aufgabenhilfe gegen Begabtenförderung, beides ist wichtig. Es geht uns darum, die massive Kürzung zu korrigieren und die Anzahl der betreuten Aufgabenstunden an jene der Tagesschulen anzugleichen. Es darf nicht sein, dass Schülerinnen und Schüler an den Regelschulen gegenüber jenen an den Tagesschulen benachteiligt werden. Wir sprechen hier über Zahlen. Hinter diesen Zahlen stehen aber junge Menschen, die aus der Schule das Fundament fürs Leben mitnehmen sollten. Wenn aber jemand bereits in der Schule abhängt, weil er oder sie von zuhause keine Unterstützung bekommt, ist die Gefahr sehr viel grösser, später im Tieflohnsegment zu landen und ein Berufsleben lang niedrig qualifiziert zu bleiben. Wenn Schülerinnen und Schüler den Anschluss in der Schule verlieren, wird es für sie in unserer auf Abschlüsse, Diplome und Zertifikate getrimmten Leistungsgesellschaft sehr schwierig. Die Wichtigkeit einer Hilfestellung von Seiten der Schule ist längstens erkannt. Genügend Gelder und Ressourcen für Aufgabenstunden zur Verfügung zu stellen, ist ein wichtiger Schritt zur angestrebten Chancengerechtigkeit und auch für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft wichtig. Dies könnte auch die SVP und die FDP interessieren. Auch das Gewerbe braucht qualifizierte Leute. Wir bitten sie deshalb dem Postulat und der damit verbundenen Budgeterhöhung zuzustimmen.

Yasmine Bourgeois (FDP): Die Schulen haben ja bereits bei der Begabtenförderung Stunden weggenommen, um mehr Aufgabenhilfestunden zur Verfügung zu haben. Die Aufgabenhilfe kann definitiv effizienter eingesetzt werden. Man kann diese Stunden verdoppeln, ohne zu viele Kinder in einem Schulzimmer zu haben. Wir stimmen dem Postulat mit der Textänderung der SVP zu.

Walter Angst (AL): Yasmine Bourgeois (FDP), es ist genau umgekehrt: Die Kreisschulpräsidentinnen haben die Ressourcen, die gemeinsam für Begabtenförderung und Aufgabenhilfe gesprochen wurden, neu verteilt. Gegen den Wunsch des Schulamtes haben sie mehr Ressourcen in die Begabtenförderung investiert.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) ist mit der Textänderung von Renate Fischer (SP) einverstanden, lehnt jedoch die Textänderung von Stefan Urech (SVP) ab: Die Textänderung der SP nehmen wir an. Die Textänderung der SVP würde bedeuten, dass die Betreuungspersonen der Aufgabenstunden gar nicht entschädigt werden. Diese Textänderung lehnen wir ab.

S. 324	50 5010 3020 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne der Lehrpersonen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
107.	Antrag Stadtrat				75 597 000	Mehrheit
				2 200 000	77 797 000	Minderheit
						Abwesend
						Alan David Sangines (SP)
			Begründung: Aufstockung der Aufgabenhilfe der Regelschule um 35 Stellen ab Schuljahr 2020/2021 (gleiche Ressourcen wie Pilotschulen TS25)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 72 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 110.

S. 327	50 5010 3170 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Reisekosten und Spesen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen

5 / 52

110.	Antrag Stadtrat	979 400	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fi- scher (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)	
		302 200	677 200	Minderheit	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Roberto Berto- zzi (SVP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)	
	Begründung:	Einsatz Zivildienstleistende streichen. Minimaler Mehrwert für Volksschule und Lehrpersonen, entspricht nicht dem Auftrag des Zivildienstes			

Susanne Brunner (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

SOZIALDEPARTEMENT

Antrag 111.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir befinden uns im Konto 3010 00, und zwar im Departementssekretariat. Der Stadtrat möchte ein um 339 000 Franken höheres Budget. Das ist ein Fehler – wir möchten eine Verbesserung von 226 000 Franken, weil es nicht notwendig ist, für einen Bericht über Kitas, für eine Motion der Jugendpartizipation oder wegen eines Kulturlegi-Angebots Stellen zu erhöhen. Wir sind der Überzeugung, dass die bescheidenen Mehrarbeiten intern bewältigt werden können. Wir halten daran fest, dass auch die Digitalisierung in der Stadtverwaltung die bescheidenen Kapazitäten freischaffen wird.

Felix Moser (Grüne): Immerhin hat die SVP noch gemerkt, dass die refinanzierten Stellen nun gestrichen sind. Ich kann mir nicht vorstellen, wie die Digitalisierung im Departementssekretariat dabei helfen soll, Kitas zu kontrollieren. Die Mehrheit ist der Meinung, dass die Stellen hier gerechtfertigt sind.



S. 342	55 5500 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
111.	Antrag Stadtrat			5 148 200	Mehrheit
		226 000		4 922 220	Minderheit
					Abwesend
		Begründung: Keine Stellenerhöhung ohne Refinanzierung. Die bescheidenen Mehrarbeiten können intern geleistet werden. Die zunehmende Digitalisierung schafft freie Kapazitäten			

Walter Anken (SVP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Kürzung um 226 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 112.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir sind im Konto 3634 00 100, es geht um die Asylfürsorge. Der budgetierte Kostenrückgang von 1,7 Millionen ist erfreulich. Allerdings ist dies unter Berücksichtigung der rückläufigen Anzahl an Asylgesuchen sehr bescheiden. Aus Sicht der SVP ist diese wirtschaftliche Hilfe nicht nötig. Wir möchten 826 000 Franken kürzen. Wir möchten die reduzierten Kosten den realen Zahlen so schnell wie möglich anpassen und die anerkannten Flüchtlinge so schnell wie möglich in den Arbeitsprozess integrieren.

Felix Moser (Grüne): Die Anzahl der Asylgesuche ist gesunken, das ist richtig. Aber die Zahl der anerkannten Flüchtlinge ist leicht angestiegen. Deshalb wird hier etwas mehr Geld benötigt. Gesamthaft sinken die Kosten auf diesem Konto aber um anderthalb Millionen. Wir bitten wir sie, mit dem Stadtrat zu stimmen.

7 / 52

S. 343	55 5500 3634 00 100	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an AOZ für Asylfürsorge und Wirtschaftliche Hilfe			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
112.	Antrag Stadtrat			23 217 700	Mehrheit
				168 800 N	
			826 000	22 560 500	Minderheit
					Abwesend
					Alan David Sangines (SP)
			Begründung: Asylgesuche gehen zurück. Die Kosten schneller den Realitäten anpassen. Anerkannte Flüchtlinge zügiger in den Arbeitsprozess integrieren		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 113. und 114. (Postulat GR Nr. 2019/520).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Dieser kombinierte Antrag betrifft das Konto, welches gewissermassen das Hauptkonto für die besonderen städtischen Integrationsleistungen ist. Wer den Novemberbrief gelesen hat, hat gesehen, dass dort auch das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) enthalten ist. Im zweiten Teil dieses Globalbudgets haben wir unter «Städtische Pflichtleistungen» und «Dienstleistungen für besondere städtische Integrationsangebote» eine ziemlich lange Liste mit verschiedenen Leistungsaufträgen, die wir hier im Gemeinderat mit dem Beitrag auf das Konto des Sozialdepartements / Departementssekretariat / Beiträge an die Asyl-Organisation für die besonderen städtischen Integrationsleistungen bewilligen müssen. Die Mehrheit der RPK stellt Ihnen den Antrag, ein neues Leistungspaket für den Aufbau eines Programms für begleitete Wohngruppen für unbegleitete Minderjährige (Mineurs non accompagnés, MNA) und junge Erwachsene einzustellen. Ezgi Akyol (AL) wird anschliessend erklären, worum es uns hier geht. Wir wünschen uns, dass die Stadt Zürich die AOZ bei der Anmietung von Wohnungen für MNA und junge erwachsene Asylsuchende unterstützt und sie dort im Hinblick auf selbständiges Wohnen einerseits und auf Berufsbildung und Arbeit andererseits, unterstützt. Wir sind überzeugt, dass mit einem solchen Angebot ein wichtiger Beitrag zur Integration geleistet werden kann. Der Aufwand der AOZ für die Begleitung innerhalb der eigenen Strukturen kann reduziert werden, dazu erfolgt ein zweiter Antrag. Die Stadt Zürich würde damit den Beitrag

leisten, den sie sich auf die Fahne geschrieben hat: Nämlich jene Leute erfolgreich in die Zukunft zu führen, die hierher kommen und dauerhaft in der Schweiz bleiben.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den Antrag der Minderheit und stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat und begründet diesen: Es gibt weiss Gott genug Angebote im Asylbereich, auch durch den Kanton. Wir brauchen keine weiteren Strukturen. Sie sprechen von erfolgreicher Integration, die sie mit diesem Projekt leisten. Ich bitte sie, uns aufzuzeigen, wo in all den anderen Projekten erfolgreiche Integration stattfindet. Wenn sie die Zahlen zu den Migrant*innen betrachten, welche über das Asylwesen in die Schweiz einwandern, sehen sie, dass diese Personen über Jahrzehnte von Sozialhilfe abhängig sind. Da kann man nicht von erfolgreicher Integration sprechen. Daran werden auch 600 000 Franken und das betreute Wohnen nichts ändern. Sprechen sie nicht von erfolgreicher Integration. Wir haben 2015 ein Postulat überwiesen, damit Flüchtlinge bei Privaten unbürokratischer aufgenommen werden können. Die MNA werden, wenn die Struktur vorhanden ist, in Gastfamilien aufgenommen. Wenn sie diesen Leuten helfen und einen persönlichen Beitrag leisten wollen: Nehmen sie sie doch bei sich auf und begleiten sie sie privat.

Ezgi Akyol (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1968/2019): In der Budgetberatung zum Aubruggweg wurde klar, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit unbegleiteten Minderjährigen und jungen Erwachsenen aus dem Asylbereich zwar euphemistisch von Wohngruppen spricht, eigentlich aber Wohngruppen in Containern, in Kollektivunterkünften, meint. Das Projekt «Begleitung für junge Erwachsene» begrüßen wir theoretisch sehr. Im Konzept dazu steht, dass das Pilotprojekt unter anderem eine Reaktion auf ein überwiesenes Postulat von mir sei. Jedoch war es nicht die Idee meines Postulats, Wohngruppen für junge Erwachsene in Containersiedlungen zu gründen. Im Rahmen der Budgetberatung wurde uns eine Liste mit Wohngemeinschaften (WGs) junger Erwachsener im Rahmen dieses Pilotprojekts bereitgestellt. Aus den Antworten des Stadtrats wurde aber nicht klar, wer in diesen Liegenschaften sonst noch untergebracht ist. Beispielsweise steht darin, dass in der Temporärwohnsiedlung (TWS) Aargauerstrasse in zwei WGs zwanzig junge Erwachsene untergebracht sind. Auf der AOZ-Seite erfährt man, dass insgesamt 140 Menschen in dieser TWS Aargauerstrasse untergebracht sind. Von einer Unterbringung ausserhalb von Kollektivunterkünften kann keine Rede sein. Ich habe hier im Gemeinderat schon oft gesagt, dass wir die Minderjährigen und jungen Erwachsenen endlich unterbringen müssen, wie man junge Menschen unterbringen sollte. Für uns ist klar, dass längerfristig alle unbegleiteten Minderjährigen und jungen Erwachsenen in städtischer Zuständigkeit aus diesen Containern raus müssen. Ende 2018 waren ungefähr 100 junge Erwachsene in städtischer Zuständigkeit. Es kann nicht so schwierig sein, für 100 Menschen adäquaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Immer wieder betonen Jugendliche und junge Erwachsene, dass sie in solchen Unterkünften nicht konzentriert lernen können. So kann der Weg in die Selbständigkeit nicht gelingen. Unverständlich ist für mich auch, warum die AOZ alles selbst machen möchte und nicht auf bereits bestehende Angebote zurückgreift. Gerade bei Minderjährigen und jungen Erwachsenen ist nicht nur Knowhow aus dem Asylbereich gefragt. Es gibt private Organisationen und Stiftungen, die jungen Geflüchteten auf ihrem Weg in die

Selbständigkeit Unterstützung bieten. Die AOZ muss diese Strukturen nicht selbst aufbauen. Es könnte sinnvoller sein, auf bereits existierende Angebote zurückzugreifen. Die privaten Fachorganisationen haben sich spezialisiert auf die berufliche und wohnliche Integration junger Geflüchteter. Sie können auf die individuellen Lebenssituationen eingehen und personenzentriert arbeiten. Wir stellen in Frage, dass die AOZ mit ihrer Grösse eine solche individuelle Begleitung sicherstellen kann. Wir wollen, dass die AOZ geeigneten Wohnraum akquiriert und ein Programm zur beruflichen Integration zusammen mit privaten Fachorganisationen ausarbeitet.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Wir gehen mit Ezgi Akyol (AL) einig, dass es im Bereich der Betreuung von MNA und jungen Erwachsenen grosse Versäumnisse gibt. Diese Versäumnisse und Fehler können sich in den Biografien dann fortpflanzen und multiplizieren. Dies kann nicht in unserem Sinn sein. Aus diesem Grund gehen wir hier von der Enthaltung in die Mehrheit und werden das Postulat unterstützen.

Isabel Garcia (GLP): Severin Pflüger (FDP) hat mir das Votum vorneweg genommen. Wir wechseln aus denselben Gründen ebenfalls von der Enthaltung in die Mehrheit und werden das Postulat ebenfalls unterstützen.

Vera Ziswiler (SP): Es freut mich sehr, dass dieses Postulat eine so breite Mehrheit findet. Ich erinnere an dieser Stelle daran, dass wir bereits 2016 ein ähnliches Postulat miteingereicht haben, namentlich das Postulat 2016/380 von Ezgi Akyol (AL) und Linda Bär (SP). Dort wurde unter anderem gefordert, dass im dazumal erst geplanten Bundesasylzentrum (BAZ) unbegleitete minderjährige Asylsuchende nicht im Zentrum, sondern eben in angemessenen Strukturen untergebracht werden. In der Begründung wurden Pflegefamilien und Verwandte, aber eben auch Wohngruppen als Varianten erwähnt. Die Integration dieser jungen Menschen gelingt in kleinen Wohneinheiten besser, die nicht abgesondert, sondern mitten in der Gesellschaft sind – in Wohnquartieren und Wohnhäusern mit anderen Menschen, die Deutsch sprechen und die nicht dauernd wechseln. Das ist ein wichtiger Punkt, über den sich die Fachleute einig sind. Ich persönlich arbeite täglich im Bereich der Berufsintegration mit minderjährigen Asylsuchenden, die alleine in die Schweiz gereist sind. Dabei höre ich immer wieder, wie entscheidend die Wohnsituation für die Integration in die neue Heimat ist. Hier unterstütze ich das Votum von Ezgi Akyol (AL) zu 100 Prozent. Es macht einen Unterschied, ob die jungen Menschen in einer WG eng begleitet werden, sie dort aber auch selbständig leben und sich organisieren können, oder ob sie während Wochen und Monaten in Kollektivunterkünften leben müssen, in denen ihre Bedürfnisse oft untergehen, der Betreuungsschlüssel oft nicht ausreicht und wo die Wechsel bei Begleitung und Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern häufig sind. In diesem Sinne unterstützt die SP-Fraktion das Postulat selbstverständlich mit voller Überzeugung.



S. 343 **55** **SOZIALDEPARTEMENT**
5500 **Sozialdepartement Departementssekretariat**
3634 00 105 **Beiträge an Asyl-Organisation Zürich: Besondere städtische Integrationsleistungen**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
113. Antrag Stadtrat			5 056 000	Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
		600 000	5 656 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
				Enthaltung	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)

Begründung: Aufbau Programm begleitete Wohngruppen für MNA (unbegleitete Minderjährige) und junge Erwachsene

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 115.

Kommissionsreferent:

Walter Angst (AL): Wir haben vor einem Jahr im Zusammenhang mit der Diskussion um die bevorstehende Eröffnung des Bundesasylzentrums über die Million Franken gesprochen, welche die Stadt einspart, weil der Bund das Kontingent der der Stadt Zürich zugerechneten Asylsuchenden, die im Bundesasylzentrum untergebracht werden, gewinnen wird. Wir beschlossen damals, 900 000 Franken für die MNA-Wohngruppe in der TWS Aubruggweg zu gewähren. Die MNA-Wohngruppe wird zunehmend kleiner, weil diese Jugendlichen erwachsen werden und hoffentlich in jene Angebote umziehen können, die wir jetzt beschlossen haben. Damit ist gerechtfertigt, den Betrag von 900 000 Franken in einem ersten kleinen Schritt um 100 000 Franken zu reduzieren. Ich nehme an, dass er in den nächsten Jahren weiter reduziert werden kann.

11 / 52

S. 343	55 5500 3634 00 105	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Asyl-Organisation Zürich: Besondere städtische Integrationsleistungen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
115.	Antrag Stadtrat	100 000		5 056 000 4 956 000	Zustimmung
				Enthaltung	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
				Abwesend	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP) Alan David Sangines (SP)
		Begründung: Reduktion des Beitrags [1.2.14] MNA Zentrum Aubruggweg: Weiterführung des Zentrums für unbegleitete Minderjährige des Asylwesens (MNA)			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 116.

Kommissionsminderheit:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Wir Grüne waren gegen ein Bundesasylzentrum. Für den Fall, dass ein solches Zentrum eröffnet, war für uns klar, dass wir eines wollen, dass menschenfreundlich und offen ist. Eines, in dem sich die Menschen nicht wie Gefangene vorkommen, sondern in einer gastfreundlichen Atmosphäre leben können, in dem es genügende Angebote für Freizeitbeschäftigungen, Arbeitseinsätze und insbesondere für Deutschkurse gibt. Die Asylsuchenden sind in einer – nicht zuletzt psychisch – sehr schwierigen Situation, wenn sie im Bundesasylzentrum ankommen. Es ist schlimm, wenn man dann noch zum Nichtstun verdonnert wird. Wir haben von verschiedenen Seiten gehört, dass die Situation im Bundesasylzentrum seit der Eröffnung schlecht ist. Die Menschen kamen sich wie Gefangene vor. Wir waren froh, dass sich STR Raphael Golta sehr deutlich dazu geäußert hat, dass wir eine andere Situation wollen. Ein wenig hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) nun nachgegeben. Es muss aber noch deutlich mehr nachgeben, bis wir mit der Situation zufrieden sein können. Zur Zeit ist das Bundesasylzentrum nicht voll ausgelastet. Das heisst, es hat im Moment für die anwesenden Geflüchteten genügend Arbeitsangebote und Deutschkurse. Wir sind deshalb bereit, diesen Antrag jetzt zurückzuziehen, weil er im Moment keinen Sinn ergibt. Gleichzeitig fordern wir STR Raphael Golta aber nochmals auf, bei einer allfälligen Veränderung der Situation – wenn es also zu wenige Angebote und zu wenig Geld für eine Aufstockung gibt – sofort mit einer Weisung auf uns zuzukommen. So sind wir auch miteinander verblieben.



12 / 52

S. 343	55 5500 3634 00 105	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Asyl-Organisation Zürich: Besondere städtische Integrationsleistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
116.	Antrag Stadtrat				5 056 000	Mehrheit
				700 000	5 756 000	Minderheit
						Enthaltung
						Abwesend
						Präsident Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP)
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
						Walter Angst (AL)
						Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Beitrag von Fr. 350 000 für Arbeitseinsätze für Asylsuchende im Bundesasylzentrum sowie von Fr. 350 000 zugunsten ECAP für Deutschkurse für Asylsuchende im Bundesasylzentrum			

Katharina Prelicz-Huber (Grüne) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 117.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Bei diesem Antrag sieht die Situation anders aus. Auch wenn das Bundesasylzentrum nicht voll ist, können wir vor Ort nicht genügend passende Aktivitäten anbieten. Mit diesem Antrag über wiederum 350 000 Franken wollen wir es dem GZ Wipkingen ermöglichen, – auch in Zusammenarbeit mit den Asylsuchenden – mehr Angebote anbieten zu können und zusätzliche Räume zu mieten. So soll nicht zuletzt der Anspruch eingelöst werden, einen Austausch im Quartier zu ermöglichen. Es haben sich schon verschiedentlich Freiwillige gemeldet, die gerne etwas tun würden. Im beschränkten Raum im BAZ ist aber nicht viel machbar. Wir bitten sie, der Erhöhung zuzustimmen, um im Quartier und in Zusammenarbeit mit den Asylsuchenden sinnvolle Angebote im soziokulturellen Bereich entwickeln und anbieten zu können.

Raphaël Tschanz (FDP): Im RPK-Tool steht nicht, wie Katharina Prelicz-Huber (Grüne) mit STR Raphael Golta verblieben ist. Wir sehen dort aber, dass es eine Verfügung von STR Golta gibt, im Rahmen welcher 310 000 Franken für diese Dienstleistung gesprochen wurden. Es ist nicht ersichtlich, dass STR Golta mehr Geld benötigt, um diese Aufgabe zu erfüllen. Deshalb sind wir der Ansicht, dass diesem Antrag nicht zugestimmt werden soll.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Nachdem Ihr für das Gemeinderatsfest 80 000 Franken wolltet, dachte ich bereits, dass Ihr Anlässe grosszügig plant. Aber mir ist nicht klar, was für Anlässe Ihr mit 350 000 Franken durchführen wollt. Das sind tausend Franken pro Tag. Das ist völlig überrissen. Als der Begegnungsraum für das BAZ gefordert wurde, kamen alle Vereine und Institutionen aus dem Kreis 5, die Ideen und Lust hatten, dort Sachen zu veranstalten. Wir waren an der Führung durch das BAZ. Dort hiess es, sie müssten viel Werbung betreiben, weil es noch nicht so laufe. Jetzt sollen dafür 350 000 Franken gesprochen werden? Es zeigt, dass man in der Öffentlichkeit gerne davon spricht, was man alles organisieren und wie man Begegnungen ermöglichen möchte – und am Schluss läuft es darauf hinaus, dass man einen Betrag spricht, damit jemand anderes diese Aufgabe übernimmt.

Marcel Tobler (SP): Stefan Urech (SVP), du warst auch an der Führung im Rahmen der Eröffnung des BAZ. Du hast den Raum gesehen und gehört, was dazu gesagt wurde, beispielsweise zu den beschränkten Öffnungszeiten. Mit den 350 000 Franken könnte das GZ Wipkingen beispielsweise die Öffnungszeiten in seinen Räumlichkeiten verlängern, sodass das Angebot nicht mehr nur von Mittwoch bis Freitag für jeweils zwei, drei Stunden am Nachmittag stattfinden kann. Das erweiterte Angebot würde sich einspielen und die ganze Umgebung wird davon Gebrauch machen. Es ist notwendig, einen Kontakt zur Bevölkerung herzustellen, weil das BAZ in sich eine recht geschlossene Angelegenheit ist. Das GZ Wipkingen hat sehr gute Ideen, was mit diesem Geld umgesetzt werden könnte.

Walter Angst (AL): Stefan Urech (SVP), ich möchte präzisieren, dass der Raum und das Engagement des GZ bei den Bewohnerinnen und Bewohnern des Bundesasylzentrums auf sehr grosses Interesse stösst. Der dortige Raum ist nicht genügend gross, um dieses Interesse auffangen zu können. Es stimmt, dass das zivilgesellschaftliche Engagement von einigen wenigen getragen wird, das ist noch keine grosse Welle. Dass das Angebot der Stadt über das GZ Wipkingen – und die Schule Pfingstweid, die sich sehr engagiert und die eine sehr wichtige Auffangstelle vor allem für jugendliche Bewohnerinnen und Bewohner des BAZ ist – läuft, funktioniert sehr gut. Dass diese Initiative der Stadt und der AOZ sehr richtig und wichtig ist, ist unbestritten. Mangelnde Nachfrage besteht definitiv nicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Ich wurde auf Abmachungen angesprochen, die ich mit einzelnen Mitgliedern des Gemeinderats gemacht hätte. Das ist nicht der Fall. Es wurde damals bereits ein Postulat überwiesen, das besagte, es sollen finanzielle Möglichkeiten eruiert werden, um den Menschen im Bundesasylzentrum zusätzliche Unterstützung insbesondere im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements zu geben. Diesen Auftrag haben wir ernst genommen, indem wir den Pilot mit dem Begegnungsraum im GZ Wipkingen lanciert haben. Ich glaube tatsächlich, dass dieser Begegnungsraum in der kurzen Zeit, in der das BAZ nun offen ist, einen guten Betrieb aufgenommen hat. Es

läuft bereits einiges und es ist auch für die Zukunft Potenzial vorhanden. Inwiefern dies im kommenden Jahr mit zusätzlichen 350 000 Franken unterstützt werden kann, soll oder muss, sei dahingestellt. Wenn sinnvolle Projekte vorhanden sind, würde ich mir selbstverständlich auch bei späterer Gelegenheit erlauben, damit wieder in den Gemeinderat zu kommen. Wenn sie uns diesen für ein Jahr eher hoch gegriffenen Betrag bereits jetzt einstellen, würden wir schauen, was wir damit Sinnvolles machen könnten. Wichtig ist, dass wir privatem zivilgesellschaftlichem Engagement sicher nicht im Weg stehen dürfen. Wir müssen also dafür sorgen, dass Räume von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Das Projekt GZ Wipkingen und der Austausch mit der Schule sind zwei sehr wichtige Pfeiler im leicht holprigen Start des Bundesasylzentrums Zürich.

S. 346 **55** **SOZIALDEPARTEMENT**
5500 **Sozialdepartement Departementssekretariat**
3636 00 214 **Beiträge an Gemeinschaftszentrum Wipkingen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
117.	Antrag Stadtrat			880 000	Mehrheit Präsident Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP)
			350 000	1 230 000	Minderheit Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
					Abwesend Alan David Sangines (SP)

Begründung: Beitrag an GZ Wipkingen für soziokulturelle Aktivitäten zugunsten der Bewohnenden des Bundesasylzentrums

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 65 gegen 56 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 118.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir sind hier im Bereich Kinder mit besonderen Bedürfnissen. Der Stadtrat hat hier das Budget gegenüber 2019 um 390 000 Franken erhöht. Die SVP akzeptiert, dass es mehr Kinder mit besonderen Bedürfnissen gibt, aber sicher nicht in diesem Umfang. Wir wollen hier eine Verbesserung um 260 000 Franken erreichen. Betrachtet man die Zahlen, so stellt man fest, dass sich die Anzahl von Kindern mit

15 / 52

besonderen Bedürfnissen zwischen 2018 und 2019 tatsächlich mehr als verdoppelt hat. Wir werden den Eindruck nicht los, dass bald jedes Kind irgend ein besonderes Bedürfnis hat. Wir sind der Meinung, dass diese Listen einmal genauer angeschaut werden müssten. Yasmine Bourgeois (FDP) sagte das gleiche bereits im Zusammenhang mit der Schule: Es muss nicht jedes Kind therapiert werden, das sich einmal irgendwie nicht ganz konform verhält. Wir bitten sie darum, das Wachstum auf ein vernünftiges Mass zu beschränken.

Felix Moser (Grüne): Diese Regelung wurde 2018 eingeführt. Damals ging es um 26 Kinder, nun sind es 56. Das ist tatsächlich eine Verdoppelung, aber es sind immer noch sehr wenige Kinder. Darunter fallen beispielsweise Behinderungen, gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Familiensysteme in Notsituationen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass diese Unterstützung gerechtfertigt ist und bittet sie, mit dem Stadtrat zu stimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (GLP): Die GLP ist noch in der Enthaltung. Wir wechseln in die Mehrheit. Die Ausführungen waren überzeugend genug, um den Betrag wie vorgesehen zu belassen.

Bernhard im Oberdorf (SVP): Es herrscht Unklarheit darüber, was besondere Bedürfnisse sind. Es gibt ausgewiesene Gründe wie die geschilderten Behinderungen. Aus der Motivationspsychologie ergibt sich ein so genannt steigendes Anspruchsniveau. Das heisst, dass die Ansprüche steigen, wenn die Situation einer Person verbessert wird, was eine inflationäre Wirkung hat. Wir könnten es hier durchaus mit einem solchen Fall zu tun haben.

S. 345	55 5500 3636 00 142	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an private Unternehmungen für familienunterstützende Dienstleistungen			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
118.	Antrag Stadtrat				
				4 449 300	Mehrheit
			260 200	4 189 100	Minderheit
					Enthaltung
					Abwesend
					Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Florian Utz (SP) Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP) Shaibal Roy (GLP) Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Die Anzahl von Kindern mit besonderen Bedürfnissen hat sich von 2018 bis 2019 mehr als verdoppelt. Die Liste mit den besonderen Bedürfnissen anpassen, damit wir auf ein vernünftiges Wachstum kommen		



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 119.

S. 346 **55**
5500
3636 00 300

SOZIALDEPARTEMENT
Sozialdepartement Departementssekretariat
Beiträge an weitere soziokulturelle Organisationen

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
119. Antrag Stadtrat		49 500	1 867 400 1 916 900	Zustimmung
				Enthaltung
				Abwesend
	Begründung: Betriebsbeitrag an die Genossenschaft Campo Cortoi. Die bisherige Unterstützung der Genossenschaft durch die Stadt Zürich soll weitergeführt werden			

Felix Moser (Grüne) zieht den Antrag der RPK zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats stillschweigend zugestimmt.

Antrag 120.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir befinden uns im Support Sozialdepartement. Es geht um einen Stellenausbau um 3,9 Personen. Der Stadtrat möchte gegenüber 2019 ein um 599 000 Franken höheres Budget. Wir meinen, dass dieses Budget wie im Jahr 2019 belassen werden kann. Es ist nicht notwendig, dass um 3,9 Vollzeitstellen ausgebaut wird. Die zusätzlich anfallenden Tätigkeiten – laut Antrag sind dies Supportleistungen, Finanzen, HR und Beratungen – sind nicht Aufgaben, für die extra jemand angestellt werden muss. In der Eingangsdebatte haben wir gehört, dass nicht jede neue Aufgabe der Verwaltung auch neue Stellen rechtfertigt. Ich komme nochmals auf die Digitalisierung zurück – wir lassen hier nicht locker –, welche Arbeitskräfte freischaufeln wird.

Felix Moser (Grüne): Der Support Sozialdepartement beinhaltet zum grössten Teil die IT für das ganze Sozialdepartement. Gerade wer Digitalisierung fordert, sollte nicht bei

17 / 52

den IT Stellen streichen. Es braucht dort zuerst einen Effort, damit digitalisiert werden kann – was auch immer das dann bedeutet. Ein anderer Teil der Stellen liegt im Mengenwachstum begründet. Die Mehrheit hält die Stellen für gerechtfertigt und bittet sie, mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. 348	55 5510 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Support Sozialdepartement Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
120.	Antrag Stadtrat				15 423 200	Mehrheit
			599 600		14 823 600	Minderheit
						Abwesend
			Begründung: Kein Stellenausbau um 3,9 Stellen nötig, da es keine speziellen Tätigkeiten sind. Dies kann mit internem Personal abgedeckt werden. Die zunehmende Digitalisierung schafft anderweitig freie Kapazitäten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 121.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir befinden uns wiederum im Support Sozialdepartement, es geht um die Abschreibung von Software. Der Stadtrat möchte ein um 343 000 Franken höheres Budget. Die SVP beantragt eine Verbesserung von 219 000 Franken. Wir akzeptieren ein höheres Budget, weil es mehr Abschreibungsbeträge gibt, aber nicht in diesem Umfang. Die Software werde ab dem 1. Januar 2020 beschafft. Wir gehen davon aus, dass nicht die ganze Software bereits am 1. Januar beschafft wird, sondern dass dies im Laufe des Jahres passieren wird. Wenn Software beispielsweise im September oder Oktober 2020 beschafft wird, ist es nicht notwendig, dass bereits 2020 ein Drittel abgeschrieben wird. Deshalb bitten wir sie, die Abschreibung der realen Nutzungsdauer anzupassen.

Felix Moser (Grüne): Die Abschreibungen sind so budgetiert, wie sie das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) vorgibt. Dieses sieht vor, dass nicht

nach Nutzungsdauer oder anderen Kriterien abgeschrieben wird, sondern linear nach Kaufdatum. Die vorgesehene Abschreibung ist also korrekt.

S. 350	55 5510 3320 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Support Sozialdepartement Planmässige Abschreibungen Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
121.	Antrag Stadtrat				439 800	Mehrheit
			219 900		219 900	Minderheit
						Abwesend
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaél Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
						Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
						Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Software, die erst ab 1.1.2020 (also irgendwann im Verlaufe des Jahres 2020) gekauft wird, muss doch im ersten Jahr (2020) nicht schon um einen Drittel abgeschrieben werden? Abschreibung der realen Nutzung anpassen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 122.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir sind hier im Amt für Zusatzleistungen, es geht um einen starken Stellenausbau im Zusammenhang mit der Reform der Ergänzungsleistungen (EL-Reform). Die SVP ist der Meinung, dass es für die EL-Reform nicht sieben zusätzliche Stellen braucht. Diese kann mit internem Personal bewältigt werden. Der Vorteil besteht laut Antworten darin, dass der elektronische Datenaustausch die ganzen Arbeiten beschleunigen wird. Als weitere Begründung wird angegeben, dass Krankenkassenwechsel zu Mehrarbeit führen. Gleichzeitig steht aber drin, es handle sich um eine temporäre Angelegenheit. Die IT-Verrechnung soll einen Mehraufwand bedeuten, was sich uns nicht erschliesst. Bei dieser EL-Reform kommen gewisse Arbeiten dazu und andere fallen weg, was sich schlussendlich kompensieren wird.

Felix Moser (Grüne): Die EL-Reform ist eine Vorgabe des Bundesparlaments. Im Schnitt führt sie zu einem Mehraufwand bei den Gemeinden von bis zu 20 Prozent. Mit diesen sieben neuen Stellen ist Zürich bei weitem unterdurchschnittlich unterwegs. In der Antwort war alles beschrieben, was zu Mehraufwand führt – ich weiss nicht, ob

Walter Anken (SVP) und ich das gleiche Dokument gelesen haben. Beispielsweise gibt es eine Rückerstattungspflicht, wenn ein Nachlass einen gewissen Betrag überschreitet, was viele Abklärungen zur Folge hat. Weitere Gründe können in den RPK-Antworten nachgelesen werden.

S. 351	55 5515 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
122.	Antrag Stadtrat				12 177 800	Mehrheit
			716 600		11 461 200	Minderheit
						Abwesend
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP) Alan David Sangines (SP)
			Begründung: Kein Personalausbau für EL-Reform, durch internes Personal / Verschiebungen abdecken. Der Mehraufwand ist temporär und wird wieder abnehmen. Gewisse Arbeiten werden wegfallen, andere kommen dazu			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 123.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): Mit diesem Antrag möchten wir wieder einmal daran erinnern, dass das Laufbahnzentrum der Stadt Zürich die im Bereich der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung erbrachten Leistungen auf freiwilliger Basis leistet und nur teilweise vom Kanton entschädigt wird. Das Laufbahnzentrum kostet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Zürich insgesamt ungefähr zwölf Millionen Franken pro Jahr. Es gibt eine Gesetzgebung des Bundes, die Detailausführung ist kantonal geregelt. Der Kanton Zürich sagt im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EG BBG) in Paragraf 24 Absatz 1, dass es grundsätzlich eine kantonale Aufgabe ist, und dass die Stadt die Leistung freiwillig erbringen kann, aber nicht muss. Der Kanton ist zur Erbringung dieser Leistung gesetzlich verpflichtet. Dies tut er auch mit einem bedarfsgerechten Angebot an Beratung und Information gemäss Paragraf 34 Absatz 2 EG BBG in den so genannten Berufsinformationszentren (BIZ). Parallel dazu besteht in der Stadt Zürich ein Laufbahnzentrum mit einem eigenen Angebot auf kommunaler

20 / 52

Ebene, was wir als überflüssig erachten. Es genügt, was der Kanton diesbezüglich tut. Das Laufbahnzentrum könnte in das kantonale BIZ-Netz integriert werden. Die Stadt Winterthur hat dies bereits vor über zehn Jahren getan. Deshalb stellen wir hier den Antrag um Verbesserung um 4,7 Millionen Franken.

Felix Moser (Grüne): Dieser Antrag zur Abschaffung des Laufbahnzentrum kommt ja fast jedes Jahr von der SVP. Die Berufswahl ist ein wichtiger Punkt im Leben. Die Mehrheit findet es wichtig, dass die Stadt hier mit einem eigenen Laufbahnzentrum mehr bietet und diese Aufgabe nicht allein dem Kanton überlässt. Wir lehnen deshalb den Antrag ab und stimmen mit dem Stadtrat.

S. 355	55 5520 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Laufbahnzentrum Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
123.	Antrag Stadtrat				9 580 200 102 100 N
			4 700 000		Mehrheit Minderheit
					Abwesend
			Begründung:	Bei der städtischen Laufbahnberatung handelt es sich grundsätzlich um einen kantonalen Auftrag, der von der Stadt ausgeführt werden kann, aber nicht muss. Die Stadt Zürich braucht kein eigenes Laufbahnzentrum, weshalb es in das kantonale BIZ-Netz integriert werden kann	
					Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP), Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP) Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 124.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir sind bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Der Stadtrat möchte eine Erhöhung um 154 000 Franken. Die SVP beantragt eine Verbesserung von 650 000 Franken. Die KESB muss nicht um 2,5 Stellen ausgebaut werden. Als Begründung für diese Stellen wird angegeben, dass die KESB umfassende Abklärungen machen müsse. Wir gehen davon aus, dass dies bereits in der Vergangenheit der Fall war. Weiter ist die Rede von Besucherstreitigkeiten. Auch dies hat es bereits in der Vergangenheit gegeben. Grundsätzlich finden wir sowieso, die

KESB sollte sich mehr zurückhalten, denn sie hat in der Vergangenheit mehrfach das notwendige Fingerspitzengefühl vermissen lassen.

Felix Moser (Grüne): Der Stadtrat hat in seinen Antworten ausgeführt, was genau zu Mehraufwand führt. Einen Teil davon hat Walter Anken (SVP) zitiert. Wir sehen die Beurteilung dieses Mehraufwands anders. Am deutlichsten ist die Aussage des Gemeindeamts, das als Aufsichtsbehörde der KESB fungiert und das sich sehr negativ über die hohe Belastung der Behörden und Behördenmitglieder geäußert hat. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Einer davon ist, dass die Klienten immer häufiger anwaltlich beraten sind, was auf beiden Seiten zu mehr Aufwand führt.

S. 358	55 5530 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
124.	Antrag Stadtrat				10 324 600	Mehrheit
			650 000		9 674 600	Minderheit
						Abwesend
			Begründung:	Kein Stellenausbau um 2,5 Stellen. Bereits in den Vorjahren musste die KESB öffentlich umfassende Abklärungen machen und auch damals gab es Besuchsrechtsstreitigkeiten		
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP), Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 125.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir sind hier im Bereich der Sozialen Dienste. Die SVP hat eine Budgetverbesserung von 771 000 Franken beantragt. Es wurden 4,5 Stellenwerte ins Laufbahnzentrum verschoben. Uns erschliesst sich nicht, warum die Personalkosten dann trotzdem um 40 000 Franken höher veranschlagt sind. Man will tatsächlich mehr Stellen in diesem Bereich, und zwar 15,7 Stellenwerte. Begründet wird dies mit Mutterschaftsurlaub, Administration für Mütter- und Väterberatung, Begegnungsort

22 / 52

Schütze und Schulsozialarbeit. Ein solch massives Stellenwachstum lehnen wir selbstverständlich ab.

Felix Moser (Grüne): Walter Anken (SVP) hat bereits erwähnt, was für neue Stellen geschaffen werden sollen. Wir finden diese notwendig und stimmen deshalb mit dem Stadtrat.

S. 361	55 5550 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
125.	Antrag Stadtrat				74 477 000	Mehrheit
			771 100		73 705 900	Minderheit
						Abwesend
						Alan David Sangines (SP)
			Begründung: 4,5 Stellenwerte wurden ins Laufbahnzentrum verschoben und trotzdem gehen hier die Personalkosten nicht zurück, sondern steigen noch. Die Begründung für die Erhöhung des Stellenplans ist nicht überzeugend			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 126.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die Stadt Zürich will überall das Beste und mehr machen, als es der Kanton vorgibt – so auch bei den Sozialarbeitenden in der Schule. Während andere Städte beim Verhältnis von betreuten Schülerinnen und Schülern zu den Sozialarbeitenden ein bedeutend höheres Verhältnis haben als Zürich, will Zürich 690 Schüler pro Stellenwert. Wieso können wir nicht auch, was andere können? Unsere Zürcher Sozialarbeitenden sind doch nicht so viel ineffizienter als beispielsweise jene in Bern. Ich kann Ihnen sagen, wo das Problem liegt. Wir belasten heute die Regelschule

und somit die Klassenlehrpersonen mit Dingen, die eigentlich nicht in die Regelschule gehören. Wir integrieren Sonderschüler und lernschwache Kinder in Regelklassen, die nicht in deren Aufgabenbereich gehören und deren Lehrpersonen dafür nicht ausgebildet sind. Sie müssen sich trotzdem um diese Kinder kümmern, weil diese nur zeitweise von Spezialistinnen und Spezialisten betreut werden. Hingegen werden Dinge wie das Schlichten eines simplen Streits abdelegiert. Genau das würde aber doch in den Aufgabenbereich der Klassenlehrpersonen fallen. Bei einem Streit unter Schülerinnen und Schülern kann eine Klassenlehrperson innert zehn Minuten schlichten. Müssten die Schülerinnen und Schüler zum Sozialarbeiter, würden sie mindestens eine bis zwei Unterrichtslektionen verpassen und ihre Zeit mit unzähligen Rollenspielen verbringen, wie sie besser hätten mit der Situation umgehen können. Wir delegieren zu viele Dinge, die eigentlich in den Aufgabenbereich der Klassenlehrpersonen gehören. Die FDP ist der Meinung, dass die Stadt Zürich das Verhältnis der Anzahl von betreuten Schülerinnen und Schülern pro Sozialarbeitenden höher angesetzt werden kann. Darum beantragen wir eine Streichung von zehn Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit.

Felix Moser (Grüne): Vor etwas mehr als einem Jahr beschlossen wir hier im Rat eine Weisung, bei der es um die Erhöhung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben für die Schulsozialarbeit ging, aufgrund einer Motion der AL und aufgrund der Tatsache, dass wir immer mehr Schülerinnen und Schüler haben, die Ressourcen für die Schulsozialarbeit aber nicht entsprechend gewachsen sind. Das Fazit der damaligen Diskussion war, dass der Wert auf 690 Schülerinnen und Schüler pro Stellenwert festgelegt wurde. Dies liegt immer noch im Bereich der kantonalen Vorgaben von 600–900 Schülerinnen und Schüler. Ein Antrag auf eine grössere Zahl fand damals keine Mehrheit. Dass dies über das Budget nun schon wieder geändert werden soll, finde ich etwas speziell. Die Mehrheit der RPK findet, die Weisung von letztem Jahr gelte immer noch und bittet sie, mit dem Stadtrat zu stimmen.

Weitere Wortmeldung:

Isabel Garcia (GLP): Die GLP ist bei diesem Antrag noch in der Enthaltung, wir wechseln in die Mehrheit. Dies muss so verstanden werden, dass wir nicht unbedingt begeistert sind vom massiven Ausbau der Schulsozialarbeit. Wir anerkennen und respektieren aber die Weisung, die hier vor nicht allzu langer Zeit eine Mehrheit gefunden hat, auch wenn unsere Fraktion die Weisung damals abgelehnt hat.

S. 361	55 5550 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
126.	Antrag Stadtrat				74 477 000 Mehrheit
					Stimmen Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)

25 / 52

den, beziehungsweise den durchschnittlichen Caseload auf 72 Fälle. Dies ist ein dringender Schritt in die richtige Richtung.

Raphaël Tschanz (FDP): Ich weiss nicht, was die Minderheit mit dem Stadtrat unter vier Augen besprochen hat. Aus der Antwort im RPK-Tool ist jedenfalls nicht ersichtlich, dass der Stadtrat dieses Geld braucht und es ist nicht begründet, wie man auf diesen von der Minderheit geforderten Betrag kommt. Es ist eine gute Sache und ich kann mir schon vorstellen, dass diese 450 000 Franken sinnvoll eingesetzt werden können. Aber aus Sicht der Mehrheit sind sie schlicht nicht begründet.

Weitere Wortmeldungen:

Isabel Garcia (GLP): Auch hier ist die GLP im Moment noch in der Enthaltung. Wir wechseln zur Mehrheit. Auch uns hat sich aus den gestellten Fragen, respektive den darauffolgenden Antworten nicht erschlossen, warum es hier einen Mehrbedarf geben soll.

Alan David Sangines (SP): Es wurde gut begründet, warum es einen Mehraufwand braucht. Es gibt neue Weisungen des Gemeindeamts, die den Aufwand vergrössern, die Kindesschutzmassnahmen liegen bei 90 Fällen kumulativ gegenüber den 80 beim Erwachsenenschutz. Die Studie der Universität Fribourg hat ebenfalls erklärt, dass Beistandspersonen überlastet sind. Der Tages-Anzeiger titelte «Schlecht erreichbar, überlastet», die NZZ «Untätig, überlastet». Der Handlungsbedarf ist klar gegeben. Die KESB-Kritikerinnen und -kritiker hacken dauernd auf der KESB und den Beistandspersonen herum. Bei kumulativ 90 Fällen im Kindesschutz: Könnte irgendjemand von Euch hier drinnen so viele Fälle mit hochstrittigen Eltern und misshandelten Kindern bewältigen? Die Vereinigung der Berufsbeistände verlangt eine Reduktion auf 50 Fälle. Raphaël Tschanz (FDP), du unterstellst uns wieder einen Deal, der fand nicht statt. In der letzten RPK-Lesung steht drin, wie wir auf diesen Betrag gekommen sind. Es hat eine Tabelle. Wenn wir die Kindesschutzmandate auf 80 Fälle senken wollen, müssen wir 430 000 Franken einstellen. Wollten wir 70, müssten wir 960 000 Franken einstellen. Wollten wir auf 64, müssten wir 1,3 Millionen einstellen. Wir haben uns am tiefsten Betrag orientiert als Schritt in die richtige Richtung.

Markus Baumann (GLP): Es ist auch der GLP völlig klar, dass es sich hier um einen sensiblen Bereich handelt. Deine Herleitung des Betrags hat sich uns auch nur zum Teil erschlossen. Ein wichtiger Punkt ist auch, dass der Stadtrat das Bedürfnis auch nicht so sieht. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir das in einer weiteren Diskussion nochmals anschauen. Ich finde es innerhalb der Budgetdiskussion jedoch nicht zielführend. Alan David Sangines (SP), du weisst am besten, dass Fälle unterschiedlich viel Aufwand benötigen. Für uns als GLP wäre es einfacher, wenn das in den Begründungen für Stellerhöhungen respektive Fallsenkungen berücksichtigt würde. Diese Möglichkeiten gibt es. Ich möchte es nicht mit der Sozialversicherung (SV) oder der Invalidenversicherung (IV) vergleichen. In Zürich hat ein Eingliederungsberater zwischen 90 und 120 Fälle, in Aarau beispielsweise 170, was jenseits ist. Hier schaut man aber das ganze Portfolio an und entscheidet dann, ob mehr eingestellt werden soll oder nicht. Die GLP ist offen für diese Diskussion, aber nicht overall.

Raphaël Tschanz (FDP): Alan David Sangines (SP), ich sehe diese Tabelle. Aber es bleibt willkürlich. Mit gleichem Argument hättest du sagen können, wir gehen auf 64 runter, dann hättest du 1,36 Millionen einstellen müssen – warum hast du das nicht getan? Im Sozialdepartement arbeiten Fachleute. Ich traue STR Raphael Golta und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu, dass sie selbst beurteilen können, wie viel Geld sie benötigen. Wenn sie dieses Geld nicht einstellen, müssen wir als Gemeinderat STR Golta doch nicht besserwischerisch sagen, dass er diese 150 000 Franken braucht, weil sein Departement ansonsten seine Arbeit nicht erledigen könne. Sie sind erwachsen genug, um das Geld zu verlangen, das sie für ihre Arbeit benötigen – das klappt bei allen anderen Konten auch.

Alan David Sangines (SP): Mit Freude habe ich gehört, dass die GLP bereit ist, grundsätzlich daran zu arbeiten. Klar, Markus Baumann (GLP), nicht jeder Fall ist gleich gewichtet. Aber 90 Fälle sind einfach extrem viel. Raphaël Tschanz (FDP), ich habe mit Interesse und Erstaunen gehört, dass es willkürlich sei, dass ich nicht 1,3 Millionen einstellen wollte. Wenn wir von der SP einmal zurückhaltend sind und nicht allzu viel ausgeben wollen, machst du es uns zum Vorwurf, nicht den grösseren Betrag verlangt zu haben. Wir haben den tiefsten Betrag genommen, um einen Schritt in die richtige Richtung zu gehen. Ich bin auch froh zu hören, dass die FDP findet, der Stadtrat sei erwachsen genug, um zu wissen, was er budgetiert. Dann müsst Ihr auch keine Anträge mehr stellen im Budget.

S. 361	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5550	Soziale Dienste				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
127.	Antrag Stadtrat				74 477 000	Mehrheit
				430 000	74 907 000	Minderheit
						Enthaltung
						Abwesend
						Präsident Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP)
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
						Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
						Alan David Sangines (SP) Referent Minderheit
						Begründung: Entlastung Mandatsführung/Sachbearbeitung bei Kinderschutzmmandaten

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 68 gegen 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 128.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir sind hier bei den Sozialen Einrichtungen und Betrieben. Auf diesem Konto möchte der Stadtrat einen massiven Stellenausbau von 5,8 Vollzeitstellen, was einer Budgeterhöhung von 1,8 Millionen entspricht. Die SVP akzeptiert den Mehrbedarf, es steht ausser Zweifel, dass es mehr Budget braucht – aber nicht in diesem Umfang. Wir beantragen deshalb eine Reduktion von 974 000 Franken. Aus unserer Sicht kann auf eine stationäre Wohnintegration, Drugchecking, vollständiges Monitoring für Früherkennung schwieriger Klienten, Coaching, Motivationssemester und eine Lernstube verzichtet werden. Wir akzeptieren aber den Mehrbedarf im Bereich der Kindertagesstätten und allfällig einem beschränkten Monitoring von auffälligen Klienten. Eine Wenigererhöhung um neun Vollzeitstellen ist möglich. Wir wollen das massive Wachstum von neuen Stellen beschränken.

Alexander Brunner (FDP): Dieser letzte Antrag ist eigentlich eine Rückblende auf das letzte Jahr. STR Raphael Golta weiss bereits, was kommt, nämlich die berühmte Kürzung von fünf Stellen in der sozialen und beruflichen Integration. Nicht, weil wir die Problemanalyse von STR Raphael Golta nicht teilen, sondern weil wir finden, dass nicht Arbeitsagogen und Sozialarbeiter eingestellt werden sollen, sondern Leute mit wirtschaftlichen Erfahrungen und Netzwerken. Erfahrungen aus dem Kanton und anderen Bezirken haben gezeigt, dass mit Hilfe solcher wirtschaftsnaher Leute auch Menschen platziert werden können. Wir hoffen, dass wir das nicht nächstes Jahr als Evergreen wieder fordern müssen.

Felix Moser (Grüne): Ich habe ebenfalls festgestellt, dass dieser Antrag nicht das erste Mal gestellt wurde. Auch ich hätte das gleiche Votum wie letztes Jahr halten können, was ich jetzt aber nicht in aller Länge wiederhole. Ich möchte jedoch noch kurz das vorherige Votum der FDP aufnehmen. Auch ich gehe davon aus, dass der Stadtrat erwachsen genug ist, um die richtigen Leute für diese Stellen zu suchen und nicht auf die Hilfe der FDP angewiesen ist. Die Mehrheit hält auch die Stellen, auf welche die SVP verzichten möchte, für gut begründet und möchte auf die entsprechenden Projekte wie das Drugchecking nicht verzichten.

Weitere Wortmeldungen:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Eine Bemerkung zum FDP-Antrag. Es stimmt: Es braucht Leute mit Netzwerken zur Wirtschaft, welche Arbeitsplätze suchen für Leute, welche die gleiche Wirtschaft zuvor rausgeworfen hat. Die Frage ist, ob es nicht Aufgabe der Wirtschaft sein könnte, diese Leute einzubinden, statt sie rauszuwerfen, dem Sozialdepartement zu überlassen und diesem dann vorzuschreiben, die richtigen Leute

einzustellen, die mit ihrem Netzwerk hernach wiederum nach Arbeitgebern suchen, welche diese Leute dann vielleicht wieder einstellen. Die Wirtschaft könnte hier Verantwortung übernehmen. Bei Menschen, die den Job verloren haben und die schon sehr lange auf der Suche sind, fällt vorher aber noch etwas anderes an. Sie müssen zuerst wieder aufgebaut und wirtschaftstauglich gemacht werden. Es muss ihnen Selbstwertgefühl vermittelt werden, damit sie fähig sind, wieder in die Arbeitswelt einzusteigen. Für diesen Teil wird etwas mehr benötigt als ein Netzwerk in die Wirtschaft. Dafür braucht es Sozialarbeit und Arbeitsagogik.

Alan David Sangines (SP): Zwei kurze Bemerkungen an die Adresse der FDP. Schade haben wir keine Aufnahme zum vorhergehenden Votum von Raphaël Tschanz (FDP) zum Antrag 127, in dem er sagte, das Sozialdepartement sei gross und erwachsen genug, um zu wissen, was es braucht; der Gemeinderat müsse nicht besserwisserisch dreinreden. Jetzt, wo das Sozialdepartement sagt, was es braucht, um die Leute in den Arbeitsmarkt zu integrieren, kommt die gleiche FDP und sagt, es brauche ganz andere Leute und man könne fünf Stellen streichen. Eine Bemerkung noch: Wisst Ihr, wer am dankbarsten für die Unterstützung durch Sozialarbeitende und Arbeitsagoginnen ist? Die Wirtschaft. Wenn eine Person aus der Sozialhilfe wieder in den Arbeitsmarkt integriert wird, stellt die Wirtschaft meist als erstes die Frage, ob diese Person noch begleitet wird und an wen sie sich bei Fragen wenden könne. Das sind dann meist die Sozialarbeitenden und Arbeitsagoginnen. Sprecht einmal mit Leuten aus der Wirtschaft, die solche Menschen wieder eingestellt haben, dann werdet Ihr merken, dass diese Leute sehr froh sind um diese Stellen.

Alexander Brunner (FDP) beantragt, die vom Ratspräsidenten zuvor geschlossene Redeliste wieder zu öffnen: Etwas zum Faktencheck: Wir haben die Liste angeschaut mit den Leuten, die in der Sozialhilfe sind und in dieses Programm aufgenommen werden sollen. Ein Grossteil dieser Leute sind alleinerziehende Mütter, Minderjährige, Ausländer und Leute...

Felix Moser (Grüne) beantragt, die Redeliste nicht wieder zu öffnen.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alexander Brunner (FDP) mit 84 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Die Redeliste wird wieder geöffnet.

Alexander Brunner (FDP): Katharina Prelicz-Huber (Grüne) sagt, das seien Leute, die von der Wirtschaft rausgeschmissen wurden. Ich hoffe, dass STR Raphael Golta noch etwas dazu sagt. Wir haben diese Zahlen bekommen. STR Golta hat vier Kategorien zur sozialen und beruflichen Integration erstellt. Von diesen sind sehr wenig Leute überhaupt noch arbeitsfähig. Beim Rest ist eine Wiedereingliederung nicht möglich, weil sie teilweise alleinerziehend, minderjährig oder Ausländer sind, oder sie Suchtprobleme haben. Das hat nichts mit der Wirtschaft zu tun, da kann die Wirtschaft nichts dafür.

Samuel Balsiger (SVP): Dass es im Allgemeinen ein Problem ist, dass die Wirtschaft Personen rausstellt und aus dem Ausland kommende Personen billiger einstellt, ist eine Tatsache, die auch Bundesbern erkannt hat. Deshalb sollen Überbrückungsleistungen

für ältere Arbeitslose eingeführt werden, weil vor dem Hintergrund der Personenfreizügigkeit Schweizer Arbeitnehmer durch die Einwanderung aus der EU verdrängt werden. In diesem Fall hier sieht man, dass die Wirtschaft diese Personen nicht verdrängt, hier haben wir diese Kategorien. Im übergeordneten Zusammenhang, auf den die Stadt Zürich keinen Einfluss hat, stimmt es, dass Personen verdrängt werden, weil billige Arbeitskräfte aus dem Ausland kommen. Wenn sie das asoziale Verhalten der Wirtschaft nicht unterstützen wollen, müssen sie nächstes Jahr bei der Begrenzungsinitiative Ja stimmen.

Walter Anken (SVP): Katharina Prelicz-Huber (Grüne), ich habe mich natürlich auch über dieses Firmen-Bashing geärgert. Wir leben nun mal in einer sozialen Marktwirtschaft, hier gibt es einen Konkurrenzkampf. Die Firmen haben das Kapital nicht, um Leute zu beschäftigen und zu bezahlen, welche die Leistung nicht mehr erbringen können. Das ist eine Realität. Ist es besser, wenn die Firmen in Konkurs gehen, weil sie solche Leute weiterbeschäftigen? Ich bin mit Dir einverstanden, dass jemand, der den Job verliert, in ein tiefes Loch fällt. Diese Leute müssen wieder aufgebaut werden, da gehe ich ebenfalls mit Dir einig. Aber der Konkurrenzkampf muss auf der linken Seite akzeptiert werden. Ich kenne viele KMU-Unternehmen, denen das Wasser bis zum Hals steht. Diese können unproduktive Leute nicht behalten, selbst wenn sie wollten.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Lieber Walter Anken (SVP), die KMU greife ich nicht an. Wenn man die Statistiken anschaut, sind sie es, die am meisten Menschen integrieren, die nicht mehr ganz funktionieren. Ich greife Grossunternehmungen an, welche das Geld dazu hätten, die aber ihren Job nicht machen. Diese Unternehmungen übernehmen nichts. Ein ganz kleiner Anteil an Integration von Menschen mit einer Beeinträchtigung, von Menschen, die nicht mehr 100 Prozent leisten können, kommt von den KMU und leider eben nicht von den Grossunternehmungen, denen das Wasser nicht bis zum Hals steht, welche dauernd Gewinne machen, aber ihre soziale Aufgabe nicht wahrnehmen. Wenn man so tut, als bräuchte es lediglich wirtschaftsnahe Leute, um das Problem zu lösen: Dann erledigt eure Arbeit und holt Grossunternehmungen ab, damit diese ihre soziale Verantwortung wahrnehmen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Bei dem eben geschilderten Phänomen muss man unterscheiden zwischen Firmen, die tatsächlich in einer schwierigen Situation sind und schauen müssen, wie sie ihre Produktion steigern können – allenfalls auch durch Reduktion von Personal. Aber es gibt auch die andere Seite, beispielsweise Beratungsfirmen, welche Firmen dahingehend beraten, wie sie Personal entlassen können. Ein Teil der eingesparten Kosten fließt dann als Beratungshonorar zurück in diese Firmen. Darüber haben wir heute noch nicht gesprochen.

Alexander Brunner (FDP): Ich fand, was ich zitieren wollte, nämlich eine Pressemitteilung des Sozialdepartements vom Januar zur ersten Arbeitsmarktsintegrationsmassnahme: «Zielgruppenverteilung entspricht den Erwartungen. Rund zwei Drittel der Personen sind aufgrund ihres Qualifikationsniveaus und ihres beruflichen Lebenslaufs als arbeitsmarktfern einzustufen.» Wir haben zusätzlich eine Präsentation bekommen, in der genau das Gleiche drinstand. Das Fazit

nach der Aufstellung «Arbeitslose nach Bildungsstand» war: «Ungelernte sind hierzulande immer weniger gefragt». Das ist eines der Probleme. Wenn sie zu wenig ausgebildet sind, finden sie auch bei grossen Betrieben keine Arbeit, die immer mehr Qualifikationsbedingungen haben. Das hat nicht per se damit zu tun, dass die Grossunternehmen das nicht wollen, sondern es hat leider mit dem Ausbildungsniveau zu tun. Das wird in der Diskussion gerne ausgeblendet.

Samuel Balsiger (SVP): Katharina Prelicz-Huber (Grüne) sagte, es seien nicht die KMU das Problem, welche sozial kalt Leute auf die Strasse stellten, sondern die Grossbetriebe. An den Spitzen dieser Grossbetriebe sitzen ausländische Manager, die ein ganz anderes Verständnis von Arbeit haben. Heute sind sie in Zürich, morgen in London und wenn es dort nicht klappt, gehen sie nach New York. Früher waren es Patrons, die in der Schweiz aufgewachsen und sozialisiert wurden. Die frühere Schweizer Wirtschaft hatte einen ganz anderen Bezug zu den Angestellten und ist anders mit ihnen umgegangen. Der grösste Gegner der Begrenzungsinitiative wird Economie Suisse sein, die besetzt ist von ausländischen Heuschrecken-Kapitalisten. Wenn sie die nicht unterstützen wollen, stimmen sie bei der Begrenzungsinitiative Ja.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Ich hätte nie geahnt, wofür dieser Antrag alles eine Projektionsfläche sein kann. Ich sage noch etwas zum eigentlichen Antrag. Es geht im Wesentlichen um die Frage, welche Stellenprofile wir anstellen sollen. Da halte ich es mit Alan David Sangines (SP): Ich glaube, wir wissen, wen wir einstellen müssen. Herr Brunner (FDP), ich glaube, sie sollten mal an Ihrem Bild von Sozialarbeitenden und Arbeitsagoginnen arbeiten. Das sind genau die Personen, die das notwendige Knowhow haben, um einerseits Personen abzuholen, die in einer schwierigen Situation sind, andererseits aber auch den Arbeitsmarkt kennen und abschätzen können, wo diese Personen eine Chance haben. In diesem Sinn glaube ich, dass wir gut aufgestellt sind. Die weiteren Themen können wir auf einen anderen Abend verschieben.

S. 365		SOZIALDEPARTEMENT			
55		Soziale Einrichtungen und Betriebe			
5560		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
3010 00 000					
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
128.	Antrag Stadtrat			57 210 500 496 500 N	Mehrheit Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		974 000		56 733 000	Minderheit 1 Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
		500 000		57 207 000	Minderheit 2 Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)

Begründung: SVP: Auf den Ausbau der stationären Wohnintegration, Drugchecking, Monitoring zur Früherkennung von auffälligen Klienten, Coaching, Motivationssemester und Lernstube verzichten, Reduktion um 9,0 Stellen; FDP: 5 Stellen im Bereich soziale und berufliche Integration, bestehend aus Sozialarbeiter und Arbeitsagoginnen, streichen. Dies sind die falschen Stellenprofile. Für die erfolgreiche Integration benötigt es Leute mit relevanten Erfahrungen aus der Wirtschaft und einer Nähe zum Arbeitsmarkt.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(57 707 000)	86 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(56 733 000)	16 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(57 207 000)	<u>21 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 128.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Wir sind hier bei den Sozialen Einrichtungen und Betrieben. Auf diesem Konto möchte der Stadtrat einen massiven Stellenausbau von 5,8 Vollzeitstellen, was einer Budgeterhöhung von 1,8 Millionen entspricht. Die SVP akzeptiert den Mehrbedarf, es steht ausser Zweifel, dass es mehr Budget braucht – aber nicht in diesem Umfang. Wir beantragen deshalb eine Reduktion von 974 000 Franken. Aus unserer Sicht kann auf eine stationäre Wohnintegration, Drugchecking, vollständiges Monitoring für Früherkennung schwieriger Klienten, Coaching, Motivationssemester und eine Lernstube verzichtet werden. Wir akzeptieren aber den Mehrbedarf im Bereich der Kindertagesstätten und allfällig einem beschränkten Monitoring von auffälligen Klienten. Eine Wenigererhöhung um neun Vollzeitstellen ist möglich. Wir wollen das massive Wachstum von neuen Stellen beschränken.

Alexander Brunner (FDP): Dieser letzte Antrag ist eigentlich eine Rückblende auf das letzte Jahr. STR Raphael Golta weiss bereits, was kommt, nämlich die berühmte Kürzung von fünf Stellen in der sozialen und beruflichen Integration. Nicht, weil wir die Problemanalyse von STR Raphael Golta nicht teilen, sondern weil wir finden, dass nicht Arbeitsagogen und Sozialarbeiter eingestellt werden sollen, sondern Leute mit wirtschaftlichen Erfahrungen und Netzwerken. Erfahrungen aus dem Kanton und

anderen Bezirken haben gezeigt, dass mit Hilfe solcher wirtschaftsnaher Leute auch Menschen platziert werden können. Wir hoffen, dass wir das nicht nächstes Jahr als Evergreen wieder fordern müssen.

Felix Moser (Grüne): Ich habe ebenfalls festgestellt, dass dieser Antrag nicht das erste Mal gestellt wurde. Auch ich hätte das gleiche Votum wie letztes Jahr halten können, was ich jetzt aber nicht in aller Länge wiederhole. Ich möchte jedoch noch kurz das vorherige Votum der FDP aufnehmen. Auch ich gehe davon aus, dass der Stadtrat erwachsen genug ist, um die richtigen Leute für diese Stellen zu suchen und nicht auf die Hilfe der FDP angewiesen ist. Die Mehrheit hält auch die Stellen, auf welche die SVP verzichten möchte, für gut begründet und möchte auf die entsprechenden Projekte wie das Drugchecking nicht verzichten.

Weitere Wortmeldungen:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Eine Bemerkung zum FDP-Antrag. Es stimmt: Es braucht Leute mit Netzwerken zur Wirtschaft, welche Arbeitsplätze suchen für Leute, welche die gleiche Wirtschaft zuvor rausgeworfen hat. Die Frage ist, ob es nicht Aufgabe der Wirtschaft sein könnte, diese Leute einzubinden, statt sie rauszuwerfen, dem Sozialdepartement zu überlassen und diesem dann vorzuschreiben, die richtigen Leute einzustellen, die mit ihrem Netzwerk hernach wiederum nach Arbeitgebern suchen, welche diese Leute dann vielleicht wieder einstellen. Die Wirtschaft könnte hier Verantwortung übernehmen. Bei Menschen, die den Job verloren haben und die schon sehr lange auf der Suche sind, fällt vorher aber noch etwas anderes an. Sie müssen zuerst wieder aufgebaut und wirtschaftstauglich gemacht werden. Es muss ihnen Selbstwertgefühl vermittelt werden, damit sie fähig sind, wieder in die Arbeitswelt einzusteigen. Für diesen Teil wird etwas mehr benötigt als ein Netzwerk in die Wirtschaft. Dafür braucht es Sozialarbeit und Arbeitsagogik.

Alan David Sangines (SP): Zwei kurze Bemerkungen an die Adresse der FDP. Schade haben wir keine Aufnahme zum vorhergehenden Votum von Raphaël Tschanz (FDP) zum Antrag 127, in dem er sagte, das Sozialdepartement sei gross und erwachsen genug, um zu wissen, was es braucht; der Gemeinderat müsse nicht besserwisserisch dreinreden. Jetzt, wo das Sozialdepartement sagt, was es braucht, um die Leute in den Arbeitsmarkt zu integrieren, kommt die gleiche FDP und sagt, es brauche ganz andere Leute und man könne fünf Stellen streichen. Eine Bemerkung noch: Wisst Ihr, wer am dankbarsten für die Unterstützung durch Sozialarbeitende und Arbeitsagoginnen ist? Die Wirtschaft. Wenn eine Person aus der Sozialhilfe wieder in den Arbeitsmarkt integriert wird, stellt die Wirtschaft meist als erstes die Frage, ob diese Person noch begleitet wird und an wen sie sich bei Fragen wenden könne. Das sind dann meist die Sozialarbeitenden und Arbeitsagoginnen. Sprecht einmal mit Leuten aus der Wirtschaft, die solche Menschen wieder eingestellt haben, dann werdet Ihr merken, dass diese Leute sehr froh sind um diese Stellen.

Alexander Brunner (FDP) beantragt, die vom Ratspräsidenten zuvor geschlossene Re-deliste wieder zu öffnen: Etwas zum Faktencheck: Wir haben die Liste angeschaut mit

33 / 52

den Leuten, die in der Sozialhilfe sind und in dieses Programm aufgenommen werden sollen. Ein Grossteil dieser Leute sind alleinerziehende Mütter, Minderjährige, Ausländer und Leute...

Felix Moser (Grüne) beantragt, die Redeliste nicht wieder zu öffnen.

Der Rat stimmt dem Antrag von Alexander Brunner (FDP) mit 84 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Die Redeliste wird wieder geöffnet.

Alexander Brunner (FDP): Katharina Prelicz-Huber (Grüne) sagt, das seien Leute, die von der Wirtschaft rausgeschmissen wurden. Ich hoffe, dass STR Raphael Golta noch etwas dazu sagt. Wir haben diese Zahlen bekommen. STR Golta hat vier Kategorien zur sozialen und beruflichen Integration erstellt. Von diesen sind sehr wenig Leute überhaupt noch arbeitsfähig. Beim Rest ist eine Wiedereingliederung nicht möglich, weil sie teilweise alleinerziehend, minderjährig oder Ausländer sind, oder sie Suchtprobleme haben. Das hat nichts mit der Wirtschaft zu tun, da kann die Wirtschaft nichts dafür.

Samuel Balsiger (SVP): Dass es im Allgemeinen ein Problem ist, dass die Wirtschaft Personen rausstellt und aus dem Ausland kommende Personen billiger einstellt, ist eine Tatsache, die auch Bundesbern erkannt hat. Deshalb sollen Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose eingeführt werden, weil vor dem Hintergrund der Personenfreizügigkeit Schweizer Arbeitnehmer durch die Einwanderung aus der EU verdrängt werden. In diesem Fall hier sieht man, dass die Wirtschaft diese Personen nicht verdrängt, hier haben wir diese Kategorien. Im übergeordneten Zusammenhang, auf den die Stadt Zürich keinen Einfluss hat, stimmt es, dass Personen verdrängt werden, weil billige Arbeitskräfte aus dem Ausland kommen. Wenn sie das asoziale Verhalten der Wirtschaft nicht unterstützen wollen, müssen sie nächstes Jahr bei der Begrenzungsinitiative Ja stimmen.

Walter Anken (SVP): Katharina Prelicz-Huber (Grüne), ich habe mich natürlich auch über dieses Firmen-Bashing geärgert. Wir leben nun mal in einer sozialen Marktwirtschaft, hier gibt es einen Konkurrenzkampf. Die Firmen haben das Kapital nicht, um Leute zu beschäftigen und zu bezahlen, welche die Leistung nicht mehr erbringen können. Das ist eine Realität. Ist es besser, wenn die Firmen in Konkurs gehen, weil sie solche Leute weiterbeschäftigen? Ich bin mit Dir einverstanden, dass jemand, der den Job verliert, in ein tiefes Loch fällt. Diese Leute müssen wieder aufgebaut werden, da gehe ich ebenfalls mit Dir einig. Aber der Konkurrenzkampf muss auf der linken Seite akzeptiert werden. Ich kenne viele KMU-Unternehmen, denen das Wasser bis zum Hals steht. Diese können unproduktive Leute nicht behalten, selbst wenn sie wollten.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Lieber Walter Anken (SVP), die KMU greife ich nicht an. Wenn man die Statistiken anschaut, sind sie es, die am meisten Menschen integrieren, die nicht mehr ganz funktionieren. Ich greife Grossunternehmungen an, welche das Geld dazu hätten, die aber ihren Job nicht machen. Diese Unternehmungen übernehmen nichts. Ein ganz kleiner Anteil an Integration von Menschen mit einer Beeinträchtigung, von Menschen, die nicht mehr 100 Prozent leisten können, kommt von den KMU

und leider eben nicht von den Grossunternehmungen, denen das Wasser nicht bis zum Hals steht, welche dauernd Gewinne machen, aber ihre soziale Aufgabe nicht wahrnehmen. Wenn man so tut, als bräuchte es lediglich wirtschaftsnahe Leute, um das Problem zu lösen: Dann erledigt eure Arbeit und holt Grossunternehmungen ab, damit diese ihre soziale Verantwortung wahrnehmen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Bei dem eben geschilderten Phänomen muss man unterscheiden zwischen Firmen, die tatsächlich in einer schwierigen Situation sind und schauen müssen, wie sie ihre Produktion steigern können – allenfalls auch durch Reduktion von Personal. Aber es gibt auch die andere Seite, beispielsweise Beratungsfirmen, welche Firmen dahingehend beraten, wie sie Personal entlassen können. Ein Teil der eingesparten Kosten fliesst dann als Beratungshonorar zurück in diese Firmen. Darüber haben wir heute noch nicht gesprochen.

Alexander Brunner (FDP): Ich fand, was ich zitieren wollte, nämlich eine Pressemitteilung des Sozialdepartements vom Januar zur ersten Arbeitsmarktsintegrationsmassnahme: «Zielgruppenverteilung entspricht den Erwartungen. Rund zwei Drittel der Personen sind aufgrund ihres Qualifikationsniveaus und ihres beruflichen Lebenslaufs als arbeitsmarktfrem einzustufen.» Wir haben zusätzlich eine Präsentation bekommen, in der genau das Gleiche drinstand. Das Fazit nach der Aufstellung «Arbeitslose nach Bildungsstand» war: «Ungelernte sind hierzulande immer weniger gefragt». Das ist eines der Probleme. Wenn sie zu wenig ausgebildet sind, finden sie auch bei grossen Betrieben keine Arbeit, die immer mehr Qualifikationsbedingungen haben. Das hat nicht per se damit zu tun, dass die Grossunternehmen das nicht wollen, sondern es hat leider mit dem Ausbildungsniveau zu tun. Das wird in der Diskussion gerne ausgeblendet.

Samuel Balsiger (SVP): Katharina Prelicz-Huber (Grüne) sagte, es seien nicht die KMU das Problem, welche sozial kalt Leute auf die Strasse stellten, sondern die Grossbetriebe. An den Spitzen dieser Grossbetriebe sitzen ausländische Manager, die ein ganz anderes Verständnis von Arbeit haben. Heute sind sie in Zürich, morgen in London und wenn es dort nicht klappt, gehen sie nach New York. Früher waren es Patrons, die in der Schweiz aufgewachsen und sozialisiert wurden. Die frühere Schweizer Wirtschaft hatte einen ganz anderen Bezug zu den Angestellten und ist anders mit ihnen umgegangen. Der grösste Gegner der Begrenzungsinitiative wird Economie Suisse sein, die besetzt ist von ausländischen Heuschrecken-Kapitalisten. Wenn sie die nicht unterstützen wollen, stimmen sie bei der Begrenzungsinitiative Ja.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Ich hätte nie geahnt, wofür dieser Antrag alles eine Projektionsfläche sein kann. Ich sage noch etwas zum eigentlichen Antrag. Es geht im Wesentlichen um die Frage, welche Stellenprofile wir anstellen sollen. Da halte ich es mit Alan David Sangines (SP): Ich glaube, wir wissen, wen wir einstellen müssen. Herr Brunner (FDP), ich glaube, sie sollten mal an Ihrem Bild von Sozialarbeitenden und Arbeitsagogen arbeiten. Das sind genau die Personen, die das notwendige Knowhow

35 / 52

haben, um einerseits Personen abzuholen, die in einer schwierigen Situation sind, andererseits aber auch den Arbeitsmarkt kennen und abschätzen können, wo diese Personen eine Chance haben. In diesem Sinn glaube ich, dass wir gut aufgestellt sind. Die weiteren Themen können wir auf einen anderen Abend verschieben.

S. 365	55 5560 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
128.	Antrag Stadtrat				57 210 500 496 500 N	Mehrheit
			974 000		56 733 000	Minderheit 1
			500 000		57 207 000	Minderheit 2
					Abwesend	
			Begründung:	SVP: Auf den Ausbau der stationären Wohnintegration, Drugchecking, Monitoring zur Früherkennung von auffälligen Klienten, Coaching, Motivationssemester und Lernstube verzichten, Reduktion um 9,0 Stellen; FDP: 5 Stellen im Bereich soziale und berufliche Integration, bestehend aus Sozialarbeiter und Arbeitsagoginnen, streichen. Dies sind die falschen Stellenprofile. Für die erfolgreiche Integration benötigt es Leute mit relevanten Erfahrungen aus der Wirtschaft und einer Nähe zum Arbeitsmarkt.		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(57 707 000)	86 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(56 733 000)	16 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(57 207 000)	<u>21 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

36 / 52

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

2020. 2019/388

Weisung vom 18.09.2019:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2020 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Schlussdebatte:

Dr. Davy Graf (SP): Das Budget weist einen zweistelligen Ertragsüberschuss aus. Das Eigenkapital ist bei fast 1,5 Milliarden. Auch der Finanz- und Aufgabenplan (FAP) ist – obwohl negativ – schon viel besser als in den Vorjahren, in denen wir zum Teil hohe dreistellige Beträge hatten. Gleichzeitig wurden uns gestern die Ergebnisse der Bevölkerungsumfrage 2019 über die Lebensqualität in der Stadt Zürich präsentiert. 90 Prozent setzen eine Note von 5 oder höher, 46 Prozent geben sogar die Bestnote 6. Wenn in tausend Jahren Archäologinnen oder Historikerinnen diese beiden Dokumente in die Hand bekommen, werden sie über die heutige Zivilisation staunen. Wenn sie diese Befragung genauer anschauen und sehen, dass die Sorgen der Bevölkerung das Wohnen und der Verkehr ist, werden die Historikerinnen und Politologinnen in tausend Jahren mit grossem Erstaunen feststellen, dass eine Mehrheit des Gemeinderats genau diese Probleme anpackt und sie als seine Herausforderungen anschaut, nämlich Richtung stadtverträglichem Verkehr und gemeinnützigem Wohnungsbau. Man könnte auch anders reagieren aufgrund der etwas erratischen und konfusen Eintretensdebatte. Ich werde den Verdacht nicht los, dass der Erfolg der Stadt der FDP und der SVP fast ein bisschen suspekt ist, dass sie denken, das Produkt Stadt Zürich sei fast ein bisschen zu gut aufgestellt. In den Augen stramm bürgerlicher Politikerinnen und Politiker ist die Lage ernst und man muss skeptisch sein. Gute Zahlen maskieren schlechte, und schlechte noch schlechtere, das ist die Grundstimmung. Deshalb waren die Anträge der FDP und der SVP auch nicht wirklich inspirierend. Wiedermal beim Gleichstellungsbüro, beim Amt für Baubewilligungen, Digitalisierung ausbremsen, den Rotstift ansetzen bei den Fachpersonen Betreuung im Hort und die Integrationskraft der Volksschule schwächen. Sie haben selbst gemerkt, dass dies nicht Programm genug ist. Sie haben sich dann auf das passive Instrument der Steuersenkung zurückbesonnen. Der Staat soll nicht mehr einnehmen, als er braucht. Aber wer alleine auf Steuersenkungen setzt, setzt auf die unsichtbare Hand der Politik. Die Herausforderungen sind bekannt und benannt, und die wollen wir auch anpacken, einerseits für das Budget 2020, andererseits ist es

ein Akzentsetzen für die Zukunft. Ein Staat, der stillsteht und sich nicht anpasst, ist nicht fit für die Zukunft. Im Wohnungsbau haben wir gesehen, dass unsere Anträge, die wir über Jahre hinweg gestellt haben, nun mit einer Selbstverständlichkeit im Budget drin sind und nicht angegriffen werden. Wir haben mehr Ressourcen bei den Kinderschutzmassnahmen eingesetzt. Wir haben mit der Aufgabenhilfe die Chancengleichheit gestärkt. Beim Verkehr war das Velo Thema. Dort haben wir die Kompetenzen der Projektleitung gestärkt, damit es vorwärts geht und schneller und konsequenter umgesetzt wird. Beim Klima spielt die Zeit eine Rolle. 2030 ist nicht morgen, aber bald. Diesbezüglich haben wir in der Budgetdebatte beim Werdhölzli Photovoltaik-Anlagen aufgegleist und geschaut, dass das CO₂ der Vergäranlage wiederverwendet werden kann. Damit uns das Wachstum der Stadt uns nicht erdrückt, sondern unsere Gemeinschaft stärkt, braucht es politischen Willen. Diesen haben wir und wir stellen uns den Herausforderungen. Das Budget werden wir selbstverständlich annehmen.

Severin Pflüger (FDP): Wir nehmen zwei Dinge mit aus dieser Budgetdebatte und dem Budget, wie es uns der Stadtrat präsentiert hat. Es ist einerseits ein grosses Misstrauensvotum der linksgrünen Mehrheit gegenüber dem linksgrünen Stadtrat. Wir haben 31 Anträge, die Verschlechterungen im Umfang von 12 Millionen bedeuten, und die dem Stadtrat Aufträge erteilt und ihm Geld gibt, das er nicht will. Wir haben eine Opposition innerhalb der Regierungsparteien, wir haben Gruppen, welche den Verkehr nochmals neu plant und sich um Randsteine kümmert. Durchaus amüsant dünkt mich, dass die beiden Stadträte, die am meisten unerwünschtes Geld bekommen, die beiden linken Stadträte sind. Was ich vom Budget mitnehme, wie es uns der Stadtrat präsentiert, ist primär ein grosses Stellenwachstum. Wir sprechen nicht vom Stellenwachstum, das aufgrund der Bevölkerungszunahme gegeben ist, sondern von jenem, das nebenher passiert. Wir sprechen nicht vom Stellenwachstum bei den VBZ-Chauffeuren, die ohnehin über die Gebühren und nicht über die Steuern finanziert sind. Wir sprechen auch nicht über das Stellenwachstum bei den Lehrpersonen und anderem Schulpersonal, welches klar induziert ist durch das Wachstum bei den Schülerinnen und Schülern von über 30 Prozent. Wir sprechen über das Stellenwachstum bei all jenen Leuten, von denen wir nicht genau wissen, was sie machen. Projektmanagerinnen, Koordinatoren, Sachbearbeiterinnen, Berater, Expertinnen und so weiter. Dort, wo wir Stellen verdoppeln und verdreifachen, obwohl sie schon in einem anderen Departement vorhanden sind. Wir haben in der Budgetdebatte nur die oberste Schicht angeritzt, dreizehn beziehungsweise sechs Stellen im Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD). Wir können nun beruhigt in die Ferien fliegen, denn das GUD stellt nun dreizehn Leute an, die sich dem Klimawandel entgegenstellen. Statt dass wir aus der Gleichberechtigung von Mann und Frau eine wiederkehrende Aufgabe für jeden Stadtrat machen, welche er oder sie von zuoberst bis zuunterst erreichen muss, geben wir der Fachstelle für Gleichstellung nochmals zwei Millionen, Problem gelöst. Bei den Velos ist es genau gleich. Man hat das Gefühl, es gehe zu wenig vorwärts, also planen wir noch sechs Velostellen ein. Es gibt über die ganze Stadtverwaltung verteilt Leute, die sich um das Velo kümmern. Die muss man bündeln. Wir haben heute mehr als einmal folgendes geflügeltes Wort gehört: «Wir wissen zwar nicht genau, was wir mit diesem Geld machen werden, aber wir können uns vorstellen, dass der Stadtrat es sinnvoll einsetzen wird.» Daran glauben wir nicht. Wir werden deshalb das Budget ablehnen.

Roger Bartholdi (SVP): Ich persönlich finde diese Schlussrunde absolut unnötig. Einerseits haben wir keine Entscheidungen zu fällen, wir haben – ausser dem gesparten Total – keine Neuigkeiten, und wir hören nur das, was sowieso bereits gesagt wurde. Wir bekamen eine unverbindliche Empfehlung der RPK, die bereits letztes Jahr mehr oder weniger identisch war. Ich stelle fest, dass diese zum grossen Teil nicht eingehalten wurde. Wir hatten zwar keine Anträge über dreistellige Beiträge mehr, aber doch einige über vierstellige Beträge. Ich finde es wichtig, dass wir auch über kleinere Beträge diskutieren, wenn dies politisch opportun ist. Des Weiteren sollte laut RPK-Empfehlung die Redezeit eingehalten werden. Es wurden hier weder die Redezeiten noch die vorgesehene Anzahl Rednerinnen und Redner pro Vorstoss eingehalten. Zum Budget 2020: Man hat es jetzt noch um 20 Millionen verschlimmbessert. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir mit dem vom Stadtrat vorgeschlagenen Budget nicht zufrieden sind. Es wurde verschlechtert mit zum Teil Zwangsmassnahmen des rot-grünen Parlaments, mit Durchsetzungs- und Beschleunigungsanträgen, die der Stadtrat nach eigenen Angaben nicht umsetzen kann, will oder tut. Damit erreicht man einzig, dass der Rechnungsabschluss dann etwas besser aussehen wird. Ein grosses Ärgernis waren die dreizehn Postulate. Ohne die hätten wir uns einiges an Sitzungszeit ersparen können. Das Portemonnaie sitzt locker, das haben wir immer wieder gespürt – wenn ein Zirkus anruft, wird noch Last Minute ein Antrag aus dem Hut gezaubert. Auch das Gemeinderatsfest kann nicht genug kosten. Wir haben das Budget des Stadtrats abgelehnt und wir lehnen das Budget mit der Verschlimmbesserung von 10 Millionen selbstverständlich ebenfalls ab. Wenn die SVP-Anträge durchgekommen wären, hätten wir eine Verbesserung von 50 Millionen Franken gehabt. In der Presse hiess es, die SP sei grosszügig und die SVP sparsam – wir sind zusammen mit der FDP einfach grosszügig zu den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Es ist immer eine Frage, gegenüber welcher Klientel man sich grosszügig zeigt. Wir sagen Nein, Nein, Nein zu diesem Budget.

Felix Moser (Grüne): Wir haben über ein Budget von neun Milliarden Franken gesprochen. Sogar die Anträge der SVP kamen nur auf 50 Millionen. Wir haben zum Teil über Anträge über 3000 Franken gesprochen. Wir haben also nur über einen kleinen Teil dieses Budgets gesprochen, das heisst, dass wir mit dem grössten Teil einverstanden sind. Der Stadtrat leistet hier gute Arbeit und wir vom Gemeinderat sehen auch unsere Arbeit bestätigt. Wenn ich richtig gerechnet habe, fielen die grössten Anträge ins Schuldepartement und ins Departement der Industriellen Betriebe (DIB), nämlich die vielen Schulstellen und die Anträge zur Photovoltaik – dann wären das die beiden linksten. Aber vielleicht habe ich mich verrechnet. Ich möchte zwei Dinge sagen. Die Digitalisierung wurde immer wieder erwähnt. Für die einen ist sie schon abgeschlossen, für die anderen hat sie noch nicht angefangen und den dritten kann es nicht schnell genug gehen. Das grösste Problem ist vermutlich, dass wir hier drin ungefähr 125 verschiedene Vorstellungen haben, was Digitalisierung überhaupt bedeutet. Wir Grünen sehen die Digitalisierung primär als eine Technologie an, mit der wir Prozesse neu denken und gestalten können. Damit verbunden ist teilweise eine Rationalisierung und Kosteneinsparung, aber das ist bei Weitem nicht zentral für uns. Viel wichtiger sind uns die Auswirkungen auf die Stadt, auf die Menschen, auf das Zusammenleben. Digitale Prozesse können

vieles ermöglichen – mehr (junge) Menschen können dank digitaler partizipativer Prozesse am öffentlichen Leben teilhaben. Es können einfacher Fehler verhindert werden, die Qualität kann verbessert werden. Der Dialog zwischen Bevölkerung und Verwaltung kann gefördert werden. So kann auf eine neue Art Vertrauen in die Stadtverwaltung geschaffen werden. Die Digitalisierung schafft auch Vorteile für die Wirtschaft, beispielsweise mit Daten, die offen zur Verfügung stehen oder mit standardisierten Schnittstellen. Hier bezahlt die Stadt etwas, wovon Private und Unternehmen in der Regel kostenlos Gebrauch machen können. Last but not least gehört auch das zur Digitalisierung, was die meisten darunter verstehen, nämlich das repetitive Arbeiten und dass Prozesse automatisiert werden können. Für uns Grüne stehen bei allen Arten von Digitalisierung nicht die Kosten im Vordergrund. Wir sind auch nicht der Meinung verfallen, dass dank Digitalisierung alles günstiger würde. Für uns steht im Vordergrund, dass Prozesse transparent, vertrauensbildend und bürgerinnennah werden. Nicht zu vergessen sind die Verliererinnen und Verlierer der Digitalisierung, Menschen, die keinen Anschluss haben. Das können ältere Menschen sein, körperlich oder sozial benachteiligte, die auf einen Eins-zu-eins-Kontakt angewiesen sind. Diese brauchen einen Postschalter, an dem ein Mensch sitzt, sie brauchen ein Kreisbüro, wo sie vorbei gehen können, sie brauchen einen ZVV-Schalter, wo sie ein Billett lösen können. Gestern hat die Stadt unter dem Titel «Digitalisierung» mitgeteilt, dass es zehn digitale Werbebildschirme in der Stadt gibt. Uns Grüne stören diese genau gleich wie die analoge Werbung auf Papier. Wichtig ist nicht, was alles digital ist, sondern wie die Prozesse aussehen und worin sie resultieren. Davy Graf (SP) hat die Bevölkerungsbefragung bereits erwähnt. Darin waren einige interessante Dinge zu finden. Den grössten Handlungsbedarf sieht die Bevölkerung einerseits bei der Umweltsituation, mit welcher 54 Prozent nicht zufrieden sind, und bei der Förderung des Veloverkehrs, mit welcher sich 51 Prozent nicht zufrieden zeigten. Wir Grüne lagen mit unseren Budgetanträgen zum Stopp des Klimawandels und für die Velostellen goldrichtig. Der Stadtrat ist nun gefordert, diese Budgetaufträge umzusetzen. Die Bevölkerung und wir Grüne wollen bald Resultate sehen. Keine für Velos untauglichen Bauprojekte mehr, keine Velostreifen, die lediglich einen Meter breit sind, kein Baum mehr grundlos fällen und Photovoltaik auf jedem neuen Gebäude. Liebe Stadträtinnen und Stadträte, legen sie ihre Schwerpunkte im nächsten Jahr richtig. Setzen sie das um, was die Bevölkerung möchte.

Shaibal Roy (GLP): Die GLP hat dieses Jahr mit einem Tabellenantrag wieder einmal Zurückhaltung geübt. Löblicherweise muss man erwähnen, dass sich beispielsweise die SVP zurückgehalten hat und auch die linksgrüne Mehrheit ihr Powerplay im Grossen und Ganzen im Zaun gehalten hat. Vielleicht war dies auch so, weil die AL nicht jedes Spiel mitmachen würde. Dies hatte eine doch relativ effiziente Budgetdebatte zur Folge. Erstaunlich finden wir das Ansinnen der FDP, die mit einem zahnlosen sechsprozentigen Steuersenkungsantrag und der Ablehnung eines wohlgerückt immer noch positiven Budgets krampfhaft Aufmerksamkeit zu erhaschen versucht. Das ist offensichtlich ihr Verständnis von Nachhaltigkeit, staatsmännischem Tun, Wirtschaftsfreundlichkeit oder volksnahem Eigenbild. Jedenfalls haben sie gleichzeitig mit einer Drohgebärde von sechzehn Postulaten für alle Fraktionen und für das Sekretariat des RPK unnötigen Aufwand generiert. Leider stimmte das Parlament dem Postulat der GLP nicht zu, das einen Marschhalt beim Stellenwachstum forderte. Die linksgrüne Mehrheit scheint sich

gerne in der aktuell komfortablen Finanzlage zu suhlen, ohne den Blick nach vorne zu richten. Wir haben eine andere Forderung. Es geht um den Finanz- und Aufgabenplan der nächsten Jahre. Wir wollen, dass dieser für die nächsten Planjahre ausgeglichen ist. Die Schuldenspirale soll aufhören, sich zu drehen. Das Eigenkapital soll geschützt werden. Es braucht sehr wohl Investitionen und einen Finanzbedarf. Gleichzeitig braucht es aber auch eine höhere Fokussierung, Beschleunigung von Projekten und Prozessoptimierungen. Wir vermissen eine strategische Ausgabenpriorisierung und eine Kostendisziplin. Dies bedeutet auch, dass die Verwaltungsreform beschleunigt werden soll. Wir wollen Doppelspurigkeiten vermeiden. Der Stadtrat lässt hier leider das Tempo für vorwärtsgerichtete Massnahmen vermissen. Der Stadtrat kann den Ball sehr wohl zurückspielen und sagen, er habe Vorgaben aus dem Parlament – aber das ist eine einfache Ausrede. Wir wollen auch, dass die Organisation und Informatik (OIZ) ihre tragende Rolle bei der Digitalisierung übernehmen kann, deshalb haben wir dem dortigen Streichungsantrag nicht zugestimmt. Sie sollen die Ressourcen bündeln, die Koordination für die Digitalisierungsbestrebungen übernehmen, überall Kosten-Nutzen-Analysen machen, entsprechend priorisieren und rasch umsetzen. Wir alle freuen uns über sprudelnde Steuererträge. Die Wahrheit ist aber wohl mehr, dass wir uns in Richtung einer Stagnation bewegen. Der Höhepunkt ist bei der Grundstückgewinnsteuer erreicht. Es wäre wünschenswert, dass die Steuerstabilität sich auf einem tieferen Niveau weiterbewegt und zwar nicht nur für die juristischen, sondern auch für die natürlichen Personen. Dies gewährt eine langfristige, nachhaltige Standortattraktivität für Unternehmen und die Stadtbevölkerung. Die Effizienz der Debatte gibt Hoffnung für die Zukunft. Das Motto sollte sein, dass weniger mehr ist – weniger Anträge, dafür solche von höherer Qualität. Der Finanz- und Ausgabenplan (FAP) soll künftig transparenter sein und einen viel höheren Detaillierungsgrad ausweisen. Es muss sichergestellt sein, dass wir eine Verlässlichkeit in der Planung haben. Heute haben wir einen viel zu hohen Interpretationsspielraum. Das Resultat ist eine Budgetdebatte, die nur auf Kurzfristigkeit beruht. Unser Anspruch ist es, eine qualifizierte Debatte auf strategischer Ebene über die mittel- und langfristigen Ziele der städtischen Finanzpolitik zu führen. Der Fokus ist vermehrt auf langfristig orientierte Anträge statt auf kurzfristige Budgetstreichungen und einzelne politische Partikularinteressen zu legen. Wir werden dieses Budget annehmen und den gleichbleibenden Steuerfuss unterstützen.

Walter Angst (AL): Einige der gemachten Aussagen haben mich etwas ratlos zurückgelassen. Die tausend Jahre, von denen Davy Graf (SP) gesprochen hat und die Aussage von Severin Pflüger (FDP) zu den angeblich zwei linksten Stadträten. Der linkste aller Linken ist natürlich STR Richard Wolff, der wacker beschenkt wurde. Der zweite ist wahrscheinlich STR Andreas Hauri, der als Chef der Klimastrategie reichlich beschenkt wurde mit diversen Vorschlägen, die er umsetzen kann. Es wurde aus meiner Sicht ein Grundsatzentscheid gefällt im Hinblick auf die Klimapolitik. Der Stadtrat wurde bestätigt mit dem zentralen Auftrag an das Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD), diese Klimaoffensive zu steuern. Ich hoffe, dass dies dazu führt, dass in einem Jahr ein Konzept vorliegt – auch im Budget, sodass wir hier nicht wieder «Wünsch dir was»-Anträge haben werden, Geschenke, deren Wirkung eine kleinere Halbwertszeit haben als vieles andere, was wir hier drin diskutieren. Diese Budgetdebatte hat gezeigt, dass es hier drin

41 / 52

eigentlich nur noch wenige Korrekture gibt. Der Stadtrat ist auf der ganzen Linie durchmarschiert und hat noch zusätzliche Geschenke bekommen. Unbeantwortet bleibt in diesem Zusammenhang, wie wir es schaffen, diese Verwaltung zu modernisieren. Das ist ja der Wunsch des gesamten Parlaments. Wir haben verschiedene Baustellen, so beispielsweise sicherlich bei der Schulraumplanung. Aber auch an anderen, klimarelevanten Orten, bräuchten wir etwas straffere Organisationsstrukturen, um das 2030 Ziel zu erreichen. Es bleibt zu hoffen, dass wir mit der von STR Andreas Hauri gesteuerten Klimapolitik ein paar Schritte weiterkommen. Ein weiterer Richtungsentscheid wurde in der Bildungspolitik gefällt. Mit dem Beschluss zur Aufgabenhilfe haben wir zwei Grundsätze des Projekts Tagesschule 2025 bestätigt. Einerseits ist dies die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, andererseits Bildungsgerechtigkeit. Wir haben festgehalten, dass dies auch etwas kosten darf. Ich hoffe, dass der Stadtrat dies berücksichtigen wird, wenn er im nächsten Jahr über die Umsetzung dieses Tagesschul-Projekts diskutiert und dass dies auch im Budget 2021 Niederschlag findet. Besonders zufrieden macht mich, dass wir im Bereich der Solidarität ebenfalls einen Schritt vorwärts kamen. Ich hoffe, dass die Beschlüsse zu den unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten (MNA) zu einer Reorganisation oder einer Neuorientierung der Asyl-Organisation (AOZ) führen. Weiter hoffe ich, dass die Zeichen der Solidarität bei unseren kurdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ankommen und sie merken, dass uns nicht egal ist, was in Nordsyrien passiert. Wir stimmen dem Budget zu.

Persönliche Erklärung:

Ernst Danner (EVP) hält eine persönliche Erklärung zur abgeschlossenen Budgetberatung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Ich blicke ebenfalls auf die Befragung der städtischen Bevölkerung, die ergeben hat, dass 90 Prozent betreffend Lebensqualität eine Note 5 oder 6 geben. Das Budget trägt dazu bei, dass dies weiterhin so bleibt. Allerdings hatte ich ebenfalls den Eindruck, dass einige von ihnen versucht haben, den Stadtrat noch etwas glücklicher zu machen. Wir sind in der Regel schon ziemlich glücklich. Ich bin gespannt, was die reich beschenkten Kolleginnen und Kollegen im Detail machen. Jenen, die jeweils das Gefühl haben, es brauche noch mehr, sei gesagt: Wenn wir der Ansicht gewesen wären, dass es mehr braucht, hätten wir dies selbstverständlich beantragt. Wir nehmen diese Aufträge aber ernst und versuchen, sie soweit möglich zu erfüllen. Auch mein Eindruck war es, dass dies eine sehr sachliche, ruhige Budgetdebatte war. Dafür möchte ich mich bedanken. Ich habe auch – wie jedes Jahr – sehr viel gelernt. Namentlich hatte die Debatte über Schule und Betreuung schon fast Seminarcharakter für Leute, die nicht so nahe dran sind. Ich möchte mich nachher nicht zu den Steuern äussern, ausser sie zwingen mich mit ihren Voten förmlich dazu. Deshalb äussere ich mich an dieser Stelle. Die Steuern kommen auch von der Wirtschaft. Aber zwei Drittel kommen von den natürlichen Personen. Mit Blick auf die beiden Anträge muss ich sagen, ja, sechs Prozent

42 / 52

werden eine hohe Aufmerksamkeit generieren. Ob es langfristig gutes Marketing ist, müssen die Antragsteller selbst beurteilen. Aus meiner Sicht wirkt die SVP hier schon fast vernünftig. Für uns ist klar, dass Steuersenkungen vor der kantonalen und nationalen Steuerreform keinen Sinn ergeben. Wir wollen Konstanz. Wir haben in diesem Budget einige Posten noch nicht drin. Last but not least wollen wir die Schulden abbauen. Wir haben letztes Jahr fast eineinhalb Milliarden der langfristigen Schulden abbauen können. Dies wird nicht mehr möglich sein, wenn wir uns zu viel Cash entziehen. Jenen Leuten, die Wert auf einen tiefen Steuerfuss legen, muss man sagen: Die Schulden, die am Ende einer Hochkonjunktur noch vorhanden sind, ist der hohe Steuerfuss während der Rezession. Das will der Stadtrat nicht. Wir wollen die Schulden weiter verringern. Ich schulde ihnen noch ein Ergebnis. Es war von 10 Millionen die Rede. Sie haben das positiv vorgelegte Budget um 8,059 Millionen verschlechtert, so dass nun ein Budget von plus 27,146 Millionen vorliegt. Bei den Investitionen haben sie eine Million zusätzlich ausgegeben, es bleibt also bei den 1,13 Milliarden Franken.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1a–1b.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1a–1b.

Mehrheit:	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
Enthaltung:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
Abwesend:	Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 37 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 2:

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) bittet sie, dieser Übertragung zuzustimmen.

Susanne Brunner (SVP): Die SVP ist nicht einverstanden mit dem sprunghaften Zubau im Umfang von 523 neuen Stellen mit dem Budget 2020. Dies werden wir nächstes Jahr mit dem Budget 2021 unter der Dispositivziffer 2 mit einer grossen Zahl zu spüren bekommen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben dies wiederum zu bezahlen. Dieser Blick in die Zukunft ist wichtig. Letztes Jahr haben wir an dieser Stelle über 17,3 Millionen Franken verhandelt. Dieses Jahr sind es bereits 22,1 Millionen Franken. Die Stadt Zürich bezahlt gute Löhne. Wir sind mit den Lohnmassnahmen in diesem Ausmass nicht einverstanden. Wir sind der Meinung, dies sei nicht die einzige Massnahme, welche für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählt und wahrlich nicht der einzige

43 / 52

Grund, warum sie bei der Stadt Zürich arbeiten. Für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist diese Rechnung gänzlich nicht annehmbar. Die SVP lehnt deshalb die Dispositivziffer 2 ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
Enthaltung:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
Abwesend:	Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten Änderungsanträge und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit der RPK hält eine Senkung um drei oder gar sechs Prozent wie von der FDP beziehungsweise SVP vorgeschlagen für falsch. Die Mehrheit schlägt aus den folgenden Gründen einen stabilen Steuerfuss von wie bisher 119 Prozent vor. Der Steuerfuss ist kein Instrument, den man jedes Jahr nach Belieben oder Zielvorstellung anpassen soll. Rasche Anpassungen des Steuerfusses je nach Wirtschaftslage oder politischen Mehrheiten nach unten können ebenso rasche Anpassungen nach oben zur Folge haben. Gerade die Wirtschaft ist an einem stabilen Steuerfuss interessiert. Eine Senkung um drei oder gar sechs Prozent muss deshalb gut überlegt sein. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass jetzt nicht der Zeitpunkt für eine längerfristige Steuersenkung ist. Die Aussichten sind dafür zu wenig klar. Sie kennen die Zahlen des FAP. Sie wissen ungefähr, was von Bund und Kanton auf uns zukommt. Das sind mehrheitlich negative Zahlen, beziehungsweise zusätzliche Aufgaben und Ausgaben. Auch aus diesen Gründen ist eine Steuersenkung nicht angezeigt. Dazu kommt, dass die Wirtschaft zwar im Moment gut läuft, aber auch da gibt es viele Unsicherheiten. Es weiss niemand, wie die Zinsentwicklung längerfristig läuft. Die Wirtschaftsentwicklung ist nach Brexit und mit US-Präsident Trump sehr schwierig vorauszusagen. Wenn es der Wirtschaft schlechter geht, hat dies direkte Auswirkungen auf Zürich. Dazu kommt, dass die Aufgaben in der Stadt Zürich eher zunehmen, was auch STR Daniel Leupi vorhin angetönt hat. Die Tagesschule und Mittel für Klimamassnahmen sind nicht gratis. Alles in allem sind es für die Mehrheit zu viele Unbekannte, um den Steuerfuss nachhaltig zu senken. Sechs Prozent wären sowieso ein Witz, die AL hat das in ihrer Fraktionserklärung bereits nachgerechnet. Wir halten aber auch drei Prozent nicht für sinnvoll. Deshalb empfiehlt die Mehrheit der RPK den Steuerfuss auf 119 Prozent zu belassen.

Severin Pflüger (FDP): Wer wissen will, was die Leute in tausend Jahren über uns denken, kann dieses Gedankenmodell beim neusten Roman von Robert Harris, *Second Sleep*, nachlesen. Ein spannendes Buch, das leider ein schlechtes Ende nimmt. Es ist bestimmt nicht die FDP, die depressive Stimmung verbreitet. Wir sind die positivste Partei hier. Der FAP verbreitet Jahr für Jahr depressive Stimmung. Da wird jeweils gezeigt, wie es im folgenden Jahr abwärts geht mit dem Eigenkapital, Aufwand und Einnahmen sänken, und es werden unbestimmte Risiken bezüglich der Entwicklung der Unternehmenssteuern genannt. Gleichzeitig schiebt der Stadtrat jeweils nach, dass er es immer geschafft habe, etwas zu verbessern. Warum gibt es einen solchen FAP? Nach mehreren Jahren im Gemeinderat glaube ich, langsam dahinter zu kommen. Es geht bei der Budgetpräsentation eigentlich darum, Voraussetzungen zu schaffen, damit niemand auf die Idee kommt, die Steuern zu senken. Dies tut man, damit man die zusätzlich generierten Steuern dann auch noch konsumieren kann. Die Stadtbevölkerung ist seit der letzten Anpassung des Steuerfusses im Jahr 2008 um 15 Prozent gewachsen. Von einem Zickzack-Kurs kann keine Rede sein. Übrigens hat man damals den Steuerfuss unter sehr schwierigen Bedingungen angepackt, dank des Muts eines freisinnigen Finanzvorstehers. Gleichzeitig sind die Steuern um 36 Prozent gewachsen. Wir haben gewisse Posten mit überproportionalem Wachstum, beispielsweise bei den Schulen, da sind wir einverstanden. Die fressen aber nicht alles weg. Der Rest der Verwaltung muss nicht überproportional wachsen. Wenn wir alles zurückgegeben hätten, was wir mehr an Steuern eingenommen haben als die Bevölkerung gewachsen ist, lägen wir bei einer Senkung von 18 Prozent. Das dünkt uns auch etwas krass, insbesondere wenn dies auf die Schnelle umgesetzt werden soll und wir ebenfalls nicht ganz genau wissen, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Aber 12 Prozent müssten drin liegen. Aber das will die Stadt auch nicht verkraften, deshalb ist 6 Prozent die richtige Zahl. Die einzige Partei, die der Schwarzmalerei des Stadtrats immer wieder auf den Leim geht, ist die GLP. Alle anderen wissen, dass der Stadtrat es dann schon besser machen und den FAP anheben wird – und es nicht so schlimm kommen wird, wie es hier dasteht. Die GLP nimmt es aber für bare Münze, die Steuern erst zu senken, wenn der FAP einmal im positiven Bereich liegt. Bei diesem Stadtrat wird das nie passieren. Die GLP spricht immer von strategischem Mitdiskutieren und Entscheiden beim Budget. Aber jedes Mal haben sie den Totalausfall bezüglich Strategie, ihr bringt keinen einzigen strategischen Antrag zustande. Den Stellenstopp finde ich schön, aber das war kein strategischer Antrag, der wollte dem Stadtrat nur aufzeigen, dass er die Verwaltungsreform nicht im versprochenen Zeitraum durchzieht. Sie müssen folgendes sehen. Ein Staat darf nicht mehr Steuern verlangen, als er braucht. Das heisst, er muss die Steuern senken, wenn er sie nicht braucht, auch wenn dies bedeutet, dass ein ihnen unsympathischer Kapitalist danach weniger Steuern bezahlen muss.

Susanne Brunner (SVP): In zwei langen Ratssitzungen haben wir über einen Haushalt von 8,9 Milliarden Franken verhandelt. Praktisch alle Vorschläge, die das Budget verbessern wollten, sind gescheitert. Wenn Masslosigkeit zur eingeübten Normalität wird, stellt sich der linksgrüne Stadtrat auf den Standpunkt, dass Steuern nicht gesenkt werden können. Diese Sichtweise ist nicht annehmbar. Der Stadtrat muss sich bewusst sein, dass jede Staatsaufgabe auf einem Verzicht der Bevölkerung beruht. Die SVP-

45 / 52

Fraktion beantragt deshalb die Senkung des Steuerfusses um drei Prozent, kombiniert mit einem tieferen Limit für die Anleihen von 200 Millionen Franken. Dieses Paket von Steuersenkung und Senkung der Neuverschuldung hat zwei Ziele. Erstens kommt die Steuersenkung den jetzigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zugute. Zweitens kommt die tiefere Verschuldung den nachfolgenden Generationen zugute. Drei Prozent Steuersenkung sind ungefähr 51 Millionen Franken. Das liegt bei einem Budget von neun Milliarden wahrlich im Streubereich. Diese Steuersenkung ist für die Bevölkerung aber wichtig. Wir laden alle Fraktionen ein, diese zu unterstützen. Denn noch einmal: Jede Staatsausgabe ist nur möglich, wenn die Bevölkerung Verzicht übt. Diesen Verzicht möglichst gering zu halten, wäre die ehrenwerte Aufgabe des Stadtrats und die verdienstvolle Aufgabe dieses Parlaments. Wenn sie die unklaren Auswirkungen der AHV-Steuervorlage als Begründung anführen möchten, warum die Steuern nicht gesenkt werden können, müssen sie sich bewusst sein, was sie damit auch noch sagen. Die natürlichen Personen in dieser Stadt müssen die Senkung der Unternehmenssteuern bezahlen und dies bereits im Voraus und ohne gedruckte Rechnung. Dies ist eine Frechheit. Sie auferlegen der Bevölkerung einen noch grösseren Verzicht, weil sie nicht bereit sind, massvoll zu handeln und entsprechend zu entscheiden. Wie sie dies Ihren Wählerinnen und Wählern erklären, möchte ich gerne sehen. Wir haben mehrere Jahre mit Rekordsteuereinnahmen gehabt. Wir haben ein Eigenkapital von 1,5 Milliarden Franken. Diese geringe, aber wichtige Steuersenkung von drei Prozent ist deshalb gut möglich. Wir laden sie ein, mit der Minderheit 2 zu stimmen.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Man sollte sich auch die wichtige Frage stellen, wo der Bevölkerung der Schuh drückt. Mindestens einen Teil der Antwort sieht man auch in der Bevölkerungsumfrage, welche als grösste Probleme das Wohnen und den Verkehr nennt. Steuern wurden auch abgefragt. Lediglich vier Prozent der Bevölkerung sahen die Steuerbelastung als eines der drei grössten Probleme an – das Wohnen und der Verkehr wurden von 53 respektive 40 Prozent genannt. Wir sollten unsere Politik mindestens ein Stück weit auch an den Interessen und am Willen der Bevölkerung ausrichten. Deshalb glauben wir, dass es wichtig und richtig ist, zu schauen, wie wir mehr bezahlbare Wohnungen schaffen, wie wir Verkehrsprobleme lösen, wie wir Belastungen durch den Verkehr reduzieren und wie wir die Sicherheit auch im Veloverkehr erhöhen können. Dafür benötigt es Investitionen. Um Investitionen zu tätigen, brauchen wir solide Finanzen. Wir sind auch der Überzeugung, mit diesem Steuersatz und dem Budget, das wir heute beschliessen, haben wir ein Produkt für die Bevölkerung, das ein sehr gutes Preis-Leistungs-Verhältnis bietet. Wir tun auch jedes Jahr mehr – mehr für bezahlbare Wohnungen, für sicherere Velorouten, für den Ausbau bei den Schulen, im Sozialbereich mit höheren Wintermantelzulagen, im Bereich des Klimas. Das alles, ohne die Steuern zu erhöhen oder die Gebühren systematisch zu erhöhen. Wir haben jedes Jahr ein besseres Produkt bei gleichbleibendem Preis. Uns ist auch Verlässlichkeit und Stabilität sehr wichtig, gerade bei den Finanzen. Das schlimmste, was passieren könnte, wäre ein ständiges Auf und Ab bei den Steuern. Die Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Ich persönlich und meine Fraktion haben uns immer gegen Steuererhöhungen ausgesprochen, auch wenn der Antrag von links kam. Wir sind erst dann für eine Steuersenkung,

wenn wir Gewissheit darüber haben, dass wir diese Senkung mittelfristig beibehalten können. Diese Gewissheit fehlt im Moment. Susanne Brunner (SVP), ja, dies ist auch aufgrund der Steuervorlage 17. Wir haben immer gesagt, dass der Mittelstand diese bezahlt. Wir akzeptieren den demokratischen Entscheid, aber gleichzeitig haben wir diese Ungewissheit vor allem bei der zinsbereinigten Gewinnsteuer. Bei Ungewissheiten sollte man beim bewährten Weg der Stabilität und der Verlässlichkeit bleiben. Wir sind mit diesem Weg auch nicht so schlecht gefahren. Im letzten Vierteljahrhundert haben wir die Steuern in dieser Stadt kein einziges Mal erhöht. Auf diesem bewährten Weg mit guten Leistungen für die Bevölkerung zu einem vernünftigen Preis sollten wir weitermachen. Wir danken deshalb für die Unterstützung des stabilen Steuerfusses.

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf ~~119~~ 113 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf ~~119~~ 116 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit: Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit 1: Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
Minderheit 2: Susanne Brunner (SVP), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP)
Abwesend: Alan David Sangines (SP)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	80 Stimmen
Antrag Minderheit 1	21 Stimmen
Antrag Minderheit 2	20 Stimmen
Total	<u>121 Stimmen</u>
= absolutes Mehr	61 Stimmen

Damit ist dem Antrag Mehrheit zugestimmt.

47 / 52

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Severin Pflüger (FDP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
Abwesend:	Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 4:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK hat das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) geprüft und dabei festgestellt, dass mit einem Aufwand von 32,2 Millionen und einem Ertrag von 40,5 Millionen budgetiert wird, resultierend in einem Ertragsüberschuss von 8,3 Millionen. Investitionen belaufen sich auf rund 62 Millionen. Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen eine Genehmigung des Budgets der Stiftung PWG.

Weitere Wortmeldung:

Roberto Bertozzi (SVP): Die SVP wird sich dieses Jahr bei dieser Dispositivziffer enthalten. Wir sind der Meinung, dass wir schon genug solche Stiftungen haben und dass sich die Lage auf dem Gewerbemarkt entspannt hat. Deshalb werden wir nicht wie in der Vergangenheit zustimmen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung:	Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Florian Utz (SP)
Enthaltung:	Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
Abwesend:	Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 104 gegen 0 Stimmen (bei 16 Enthaltungen) zu.

48 / 52

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 5:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK hat das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien geprüft und dabei festgestellt, dass ein Aufwand von rund 11,2 Millionen und ein Ertrag von 11,39 Millionen budgetiert wird, das ergibt ein Saldo von 138 600 Franken. Die Mehrheit der RPK beantragt ihnen die Kenntnisnahme des Budgets der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien.

Roberto Bertozzi (SVP): Bei diesem Dispositivantrag ist die SVP der Meinung, dass es auch für kinderreiche Familien schon genügend subventionierte Wohnungen gibt. Das Geld könnte sinnvoller eingesetzt werden. Diese Stiftungen sollten sich zudem wie in der Privatwirtschaft selbst finanzieren können. Deshalb nimmt die SVP das Budget ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 5:

5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2020 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)
Abwesend: Alan David Sangines (SP)

Ausstand: Andrea Leitner-Verhoeven (AL), Heinz Schatt (SVP), Andri Silberschmidt (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 5.

Mehrheit: Shaibal Roy (GLP), Referent; Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)

49 / 52

Abwesend: Alan David Sangines (SP)

Ausstand: Andrea Leitner-Verhoeven (AL), Heinz Schatt (SVP), Andri Silberschmidt (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 15 Stimmen (bei 1 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferent Dispositivziffer 6:

Alan David Sangines (SP): Die Stiftung Alterswohnungen macht sehr gute Arbeit. Die RPK hat das Budget angeschaut und gesehen, dass alles gut budgetiert ist für das Jahr 2020. Deshalb beantragt die RPK einstimmig, dieses Budget so zur Kenntnis zu nehmen.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Zustimmung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Abwesend: Alan David Sangines (SP), Referent

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommisionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 7:

Shaibal Roy (GLP): Die RPK hat das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen Einfach Wohnen (SEW) geprüft. Es lief hier verhältnismässig viel. Deshalb werden für 2020 effektive Mieteinnahmen und der Betrieb einer Geschäftsstelle budgetiert. Entsprechend beantragt Ihnen die Mehrheit der RPK die Kenntnisnahme.

Roberto Bertozzi (SVP): Das Budget für die Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird von uns ablehnend zur Kenntnis genommen. Wir sind der Meinung, dass diese Institution überflüssig ist. Man stellt auch Doppelspurigkeiten zur PWG fest, es konkurrieren verschiedene Institutionen um die gleichen Grundstücke. Wir stellen auch die Frage, ob ökologisches und billiges Wohnen möglich ist. Ökologie hat ihren Preis. Deshalb nehmen wir dieses Budget ablehnend zur Kenntnis.

50 / 52

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 7:

7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2020 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Shaibal Roy (GLP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)
Enthaltung:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
Abwesend:	Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 7

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 7.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 7.

Mehrheit:	Shaibal Roy (GLP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)
Enthaltung:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
Abwesend:	Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 8:

Felix Moser (Grüne): Die RPK hat das Budget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) geprüft. Wir hatten diverse Fragen, die beantwortet wurden. Die Zahlungen der Stadt an die AOZ haben wir bereits mit dem städtischen Budget bewilligt. Jetzt geht es noch um die Kenntnisnahme des Budgets der AOZ. Die Mehrheit der RPK empfiehlt Ihnen, das Budget zur Kenntnis zu nehmen.

Roberto Bertozzi (SVP): Die SVP nimmt das Globalbudget der AOZ ablehnend zur Kenntnis. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit möchte ich eine Budgetdebatte in Bezug auf die AOZ verhindern. Ich möchte anmerken, dass wir in der Vergangenheit immer wieder strikte Sicherheitsregeln gefordert haben. Das Staatssekretariat für Migration

51 / 52

(SEM) setzt dies nun in unserem Sinn um. Wir finden es schlecht, dass dies seitens der Stadt und der AOZ bekämpft wird. Demzufolge nehmen wir das Globalbudget ablehnend zur Kenntnis.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 8:

8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2020 mit zwei Produktgruppen wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)
Enthaltung:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Severin Pflüger (FDP)
Abwesend:	Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 8

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 8.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 8.

Mehrheit:	Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Referent; Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Roberto Bertozzi (SVP), Referent; Susanne Brunner (SVP)
Enthaltung:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Severin Pflüger (FDP)
Abwesend:	Alan David Sangines (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a) Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2020 werden genehmigt.

52 / 52

- b) Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2020 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 22 141 400.– nach erfolgter Lohnrunde 2020 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
 3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
 4. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2020 wird genehmigt.
 5. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2020 wird zur Kenntnis genommen.
 6. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2020 wird zur Kenntnis genommen.
 7. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2020 wird zur Kenntnis genommen.
 8. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2020 mit zwei Produktgruppen wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Dezember 2019 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat